



medico international

rund- schreiben 01/17

Zermürbt: Flüchtlinge in Griechenland
Katastrophe mit Ansage: Dürre in Afrika
Land als Mauer: Migration in Mexiko

4 Kommentar: Krise der Kohärenz
8 Dürre in Ostafrika: Katastrophe auf Ansage
10 Pakistan: Gewalt und Fundamentalismus
18 Projekte - Projektionen

Schwerpunkt Flucht & Migration

20 Flüchtlinge in Griechenland: Europa zermürbt
25 Ägypten: Instrumentalisierung von Flüchtlingen
28 Migration in Mexiko: Ein Land als Mauer
32 Libanon: Im Flüchtlingslager gefangen

36 Syrien: Zivilgesellschaftlicher Widerstand
38 Öffentliche Gesundheitssysteme unter Druck
42 medico aktiv
44 medico Materialliste
46 Service/Impressum

Liebe Leserinnen und Leser,

wir müssten uns die Niederlage eingestehen, schrieb vor wenigen Tagen der österreichische Journalist Robert Misik, einer der Referenten auf dem Symposium der medico-Stiftung im vergangenen Jahr. Die Niederlage bestünde darin, dass von der Welle der Zustimmung für das „Refugee Welcome“ aus dem Sommer 2015 kaum etwas übriggeblieben ist. Sind es wieder nur die wenigen, die sich in Flüchtlingsräten oder bei „kein Mensch ist illegal“ organisieren, die zur Kenntnis nehmen, was sich jenseits der Wohlstandsinseln abspielt? Ich will es nicht hoffen. Aber wer die Reportage von Ramona Lenz liest, der versteht, dass sich Europa vor der Wirklichkeit, die unsere Lebensweise weltweit produziert, abgeschottet hat. Aus Griechenland berichtet sie, wie die Geflüchteten aus aller Welt vor den versperrten Toren der privilegierten Länder ausharren wie Kafkas Herr K. vor dem Recht – ohne je hinein gelassen zu werden.

Für diesen Stimmungswechsel, der so verheerende politische Folgen hat, gibt es viele Gründe, über die es sich lohnt nachzudenken. Einer besteht sicherlich darin, dass es den rechtspopulistischen Parteien und Regierungen in Europa und Nordamerika gelungen ist, die Agenda zu verändern und die Abwehr der Flüchtlinge in den Mittelpunkt der Politik zu rücken. Dies, so der Freiburger Geschichtswissenschaftler Ulrich Herbert, sei der „zentrale Punkt aller rechten und rechtsradikalen Parteien“. Deshalb warnt Herbert auch davor, diese Rechtsaußen-Tendenzen mit vergangenen faschistischen und nationalsozialistischen Bewegungen zu vergleichen. „Die wachsenden Migrationsströme“, so Herbert, „sind Ausdruck des eskalierenden Nord-Süd-Konflikts, der in gewisser Weise den Ost-West-Konflikt als Signatur der Epoche abgelöst hat.“ Dieser Rechten komme man analytisch eher aus der Perspektive des Postkolonialismus näher.

Hierfür gibt es in diesem medico-Rundschreiben reichlich Anschauungsmaterial. Wie die Abschottung aller Politikbereiche durchdringt, erzählen wir an unterschiedlichen Beispielen – von dem lange vor Trump begonnenen Ausbau der Mauer zu Mexiko bis zur deutschen Afrika-Politik, die sich als Marshall-Plan ausgibt. Eine neokoloniale Politik, die die Länder des Südens wesentlich aus geostrategischen Eigeninteressen betrachtet, vervielfältigt die Gründe zur Flucht. Man kann es in der Reportage Ilija Trojanow nachlesen, die das Verschwinden des Sufismus in Pakistan beschreibt, betrieben von einer Allianz aus pakistanischem Militär und saudischem Djiihadismus. Trojanow, Kuratoriumsmitglied der medico-Stiftung, muss nicht erwähnen, wer diese beiden übermächtigen politischen Akteure in Pakistan groß gemacht hat.

Im deutschen Wahljahr ist auch medico eine neue Aufgabe zugewachsen. Im Interview mit unserem britischen Freund und Kollegen Dave McCoy wird sie benannt. Die große Herausforderung, so McCoy, besteht darin, das neoliberale Narrativ aufzubrechen und ihm „alternative Erzählungen gegenüberzustellen – von Nachhaltigkeit, Fairness und Frieden“. Im Sommer der Migration gab es das Gefühl, dass dies nötig und möglich sei. Wie aber konkrete politische Alternativen in Zeiten so drängender Not aussehen könnten, dazu fehlte sowohl eine Theorie als auch die politische Kraft. Das Symposium der medico-Stiftung wird sich auch in diesem Jahr wieder an diesen Debatten beteiligen. Wie, wann und wo – das steht auf Seite 47.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre



Katja Maurer



Ein junger Mann aus Zentralamerika macht sich im mexikanischen Bundesstaat Veracruz wieder auf den Weg. Auf der Flucht vor Gewalt und Perspektivlosigkeit nehmen jedes Jahr Hunderttausende die gefährliche Reise Richtung Norden auf sich.



Krise der Kohärenz

Ein Marshall-Plan für Afrika? Wie die herrschende Entwicklungspolitik die Not noch verschärft

Von Thomas Gebauer

„Wir stehen an einem Wendepunkt der Geschichte. Ohne gemeinsame internationale Anstrengungen werden die Leute einfach verhungern.“ Gerade von einer Reise in die Krisen- und Hungergebiete Ostafrikas und des Jemen zurückgekehrt, sprach der UN-Nothilfekordinator Stephan O'Brien Anfang März 2017 vor dem UN-Sicherheitsrat. Ja, Hilfe sei dringend nötig, um die größte humanitäre Krise seit Gründung der Vereinten Nationen zu mildern. Vor allem aber müssten die UN und nicht zuletzt der UN-Sicherheitsrat rasch politisch handeln und die Ursachen des Hungers anpacken.

Noch ist unklar, ob sich die gegenwärtige Hungerkatastrophe tatsächlich zu einer Krise solchen Ausmaßes entwickelt. Aber bereits heute leiden mehr als 20 Millionen Menschen in Ostafrika und dem Jemen unter der Hungersnot und die Lage könnte sich schnell verschlimmern. Das Risiko für Krankheiten wächst. Traditionelle Lebensgrundlagen gehen verloren, und mit ihnen die Widerstandsfähigkeit der Leute und schließlich auch deren Hoffnung auf Zukunft. Viele werden sich auf den Weg machen, um anderswo nach Überlebenschancen zu suchen. Die ohnehin schon fragile politische Lage in der Region wird weiter erschüttert werden.

Konflikte befeuern Not

Nicht zufällig sprach der UN-Nothilfekordinator vor dem UN-Sicherheitsrat. Denn eines ha-

ben der Jemen, Somalia, der Südsudan und die anderen Krisenländer gemeinsam: Sie leiden unter zum Teil lange anhaltenden Konflikten. Diese Konflikte sind nicht vom Himmel gefallen, sondern haben sich im Zuge ungerechter weltwirtschaftlicher Austauschverhältnisse, wachsender sozialer Ungleichheit, fehlgeleiteter Militärinterventionen und notorischer Waffenexporte langsam entwickelt und die Ausbreitung des Hungers begünstigt.

„Greed and Grievance“, Gier und Frustration, seien die Triebfedern vieler lokaler Aufstände, die sich in den letzten Jahrzehnten zu Bürgerkriegen ausgeweitet haben, sagen Gewaltforscher wie Paul Collier. Sie verweisen damit auf die ökonomische Dimension des Problems: den Kampf um Teilhabe an verwehrten Privilegien; den Groll, den Menschen verspüren, wenn sie feststellen, dass es für sie in den weltwirtschaftlichen Zusammenhängen keinen Platz zu geben scheint, dass sie „überflüssig“ sind. Mit humanitärer Hilfe ist solchen Umständen nicht beizukommen. Zumal das Elend, das es weltweit zu lindern gilt, längst überhandgenommen hat. Schon heute sind 135 Millionen Menschen in über 35 Ländern auf humanitäre Hilfe angewiesen. Auf dramatische Weise übersteigt der Bedarf die zur Verfügung stehenden Mittel. Selbst die großen UN-Hilfswerke sind inzwischen überfordert. Die ungebremste Krisendynamik der letzten Jahrzehnte hat das internationale humanitäre System gesprengt. Gefordert ist politisches Handeln. Abhilfe kann nur schaffen, wer sich der Ursachen der Gewalt

versichert – und so gilt es beispielsweise die Fehler zu erkennen, die bei der Gründung des Südsudan 2011 gemacht wurden.

Südsudan: Absehbares Scheitern

Schon damals war abzusehen, dass das Land an seinen inneren Widersprüchen zerbrechen wird: an ungelösten Konflikten um Land, Vieh und Bodenschätze, an Interessen von Anrainerstaaten, die unbeantwortet blieben, an rivalisierenden Rebellengruppen, die sich plötzlich in Regierungsverantwortung wiederfanden und ohne jede Vorbereitung die Verwaltung des neu gegründeten Staates übernehmen sollten. Zu erkennen sind auch die prekären Folgen einer falsch verstandenen internationalen Schutzverantwortung. Das Drängen auf globale Verantwortung wird scheitern, wenn Entwicklung und Frieden zuvorderst unter sicherheitspolitischen Überlegungen und nicht im Kontext von sozialer Gerechtigkeit und wirtschaftlicher Teilhabe gedacht wird. Letzteres erfordert präventives Handeln. Die Stunde der Sicherheitspolitiker schlägt dagegen erst dann, wenn akute Gefahren drohen, wenn die Krise bereits da ist. Richtig verstandene Schutzverantwortung verlangt nicht die Entsendung von Militär, sondern etwa den Stopp deutscher Waffenlieferung an Saudi-Arabien, das seit Jahren im Schatten des Syrien-Konflikts im Jemen Krieg führt. Auch deutsche Waffen haben mit dazu beigetragen, dass heute im Jemen sieben Millionen Menschen nicht mehr wissen, wie sie sich morgen ernähren sollen. Höchste Zeit ist es auch für eine Korrektur des weit nach Afrika hinein verlagerten europäischen Grenzkontrollregimes. Seine prekären Folgen zeigen sich gerade jetzt. Mit der Aufrüstung der innerafrikanischen Grenzen ist das verloren gegangen, was den Menschen z.B. in Zeiten von Dürre Schutz geboten hat: die Möglichkeit, vorübergehend in Nachbarländer auszuweichen.

Ambitionen und Nebelkerzen

Immerhin: Dass nicht Waffen und Militär Frieden schaffen, sondern Gerechtigkeit, diese schon bei den Propheten des Alten Testaments nachzulesende Erkenntnis, scheint sich inzwischen wieder herumsprechen – selbst in Teilen der Bundesregierung. „Wir können nicht auf Dauer auf Kosten anderer Leben“, bekannte unlängst der Bundesentwicklungsminister, der im Januar die Grundzüge für einen „Marshall-Plan für Afrika“ vorlegte. 20 Millionen Arbeitsplätze will man nun in Afrika schaffen, die Infrastruktur und den Aufbau von Gesundheitssystemen fördern und – als Voraussetzung dafür – deutsche Unternehmen zu einer Steigerung privater Investitionen ermuntern.

Das Vorhaben ist ambitioniert. Doch mit Entwicklungshilfe alleine ist den Problemen nicht beizukommen. Solange es die weltwirtschaftlichen Verhältnisse zulassen, dass der machtvolle globale Norden den armen Süden systematisch übervorteilen kann, wird auch der „Marshall-Plan“ rhetorisches Strohfeuer bleiben. Voraussetzung für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung Afrikas wäre die Revision der vielen Freihandelsabkommen, die dem Kontinent – nicht zuletzt durch Europa – aufgezwungen wurden und werden. Solange den Ländern Afrikas untersagt bleibt, die eigene Wirtschaft z.B. durch Zölle oder Subventionen zu schützen, wird es keine nachhaltige Veränderung geben. Und so steht zu befürchten, dass die vielen neuen Jobs, die sich Entwicklungspolitiker an der Schnittstelle zwischen Landwirtschaft und Nahrungsmittelverarbeitung erhoffen, nicht über jene prekären Beschäftigungsverhältnisse hinausreichen werden, die heute in der internationalen Textilproduktion zu beklagen sind.

Auch mit Investitionen deutscher Unternehmen alleine ist es nicht getan. Voraussetzung

ist ihre Sozialbindung und damit verbindliche internationale Regulierungen. Notwendig ist z.B. die Anerkennung und Einhaltung von Arbeits- und Sozialstandards, eine internationale Übereinkunft zur Bekämpfung von Steuervermeidung, die Gewährleistung von Freizügigkeit und nicht zuletzt die Verwirklichung der „UN-Richtlinien für eine verantwortliche Steuerung von Besitz an Land, Fischgründen und Wald“. Dazu freilich müssten sie von nicht bindenden Empfehlungen in ein verpflichtendes Regelwerk überführt werden. Ohne eine verbindliche internationale Übereinkunft zum Schutz des Gemeingutes Land wird sich der in Afrika notorisch gewordene Landraub fortsetzen und weitere Millionen von Menschen dem Hunger ausliefern. Genau das ist der Punkt, an dem sich die gegenwärtigen Afrika-Initiativen der Bundesregierung als Nebelkerzen entpuppen. Systematisch haben die zuständigen Ministerien für Wirtschaft und Justiz das Zustandekommen solcher Regelwerke, mit denen sich der global entfesselte Kapitalismus wieder einhegen ließe, verhindert.

Politische Unverantwortlichkeit

Das zentrale Problem der globalen Verhältnisse sei eine grassierende „politische Unverantwortlichkeit“, fasste es 2009 eine UN-Kommission unter Vorsitz des US-Ökonomen Joseph Stiglitz zusammen. Unter solchen Umständen von global tätigen Unternehmen zu erwarten, dass sie in Afrika etwas anderes als einen billigen Rohstofflieferanten bzw. den profitablen Absatzmarkt für eigene Produkte sehen, ist naiv. Warum sollten deutsche Unternehmen in den Erhalt einer kleinbäuerlichen Landwirtschaft investieren, wenn sich das Geschäft mit technologieintensiven Großprojekten und industrieller Nahrungsmittelverarbeitung machen lässt?

Die kleinbäuerliche Landwirtschaft Afrikas aber ist kein Anachronismus, der sich soeben mal dem Fortschritt opfern ließe. Sie bildet für weite Teile der afrikanischen Gesellschaften noch immer die Grundlage für Ernährungssicherheit. Wer an ihr rüttelt, liefert Menschen dem Hunger aus. Die gegenwärtige Krise ist auch eine Krise der Kohärenz. Viele der gut gedachten Konzepte scheitern nicht an ihren Zielen, sondern an der mangelnden Bereitschaft, sich mit den herrschenden ökonomischen und politischen Verhältnissen auseinanderzusetzen. Und so bleibt es bei fatalen Strategien, etwa den derzeit so hoch im Kurs stehenden Resilienz-Konzepten, die nicht mehr um Krisenvermeidung bemüht sind, sondern darum, die Leute für kommende Katastrophen fit zu machen. Auch der eingangs zitierte UN-Nothilfekordinator verlangt als Ausweg aus der Krise die Förderung der Resilienz und denkt dabei z.B. an private Risikoversicherungen und Katastrophenanleihen. Dass sich damit gute Geschäfte machen lassen, steht außer Frage. Für die Ärmsten der Armen, für Menschen, die mit weniger als einem Dollar am Tag auskommen müssen, werden sie aber unerreichbar bleiben.



Hinter der Dürre

In Zentral- und Ostafrika herrscht erneut eine Hungersnot. Eine Katastrophe mit Ansage, da sich an den Ursachen nichts geändert hat

Im Südsudan, am Horn von Afrika, im Jemen und im Nordosten Nigerias droht eine Katastrophe: Laut den Vereinten Nationen sind rund 20 Millionen Menschen in diesen Ländern akut von Hunger bedroht. Auch in Somalia und im Nordosten Kenias ist die Situation zurzeit wieder extrem angespannt, berichtet Dr. Abdullahi Hersi, Geschäftsführer vom medico-Partner Nomadic Assistance for Peace and Development (NAPAD). Im vom Krieg zerrütteten Somalia kämpfen die radikal-religiösen islamischen Al-Shabaab-Milizen gegen eine fragile Regierung, in einigen Regionen dominieren bewaffnete Milizen die politische Ordnung. Das hat auch in Normalzeiten zur Folge, dass Felder nicht bewirtschaftet werden können. Hinzu kommt die Trockenheit. Nun verdorren auch die erwarteten Ernten und stirbt das Vieh.

Der medico-Partner NAPAD, 2006 von somalischen NGO- und UN-Mitarbeitern gegründet, ist seit vielen Jahren im Südwesten des Landes unter großen Gefahren für Leib und Leben aktiv. Während sich internationale Helfer aus Somalia weitgehend zurückgezogen haben, kennen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von NAPAD die Bedingungen vor Ort und verfügen über ein etabliertes Netzwerk. Aktuell versorgen sie in der Gedo-Region Haushalte mit Nahrungsmitteln und gewährleisten den Zugang der Menschen zu Wasser.

In Kenia versucht die Regierung über ein Not-

programm, die Menschen zu unterstützen. Allerdings sind die bereitgestellten Gelder zu gering, um alle Regionen abzudecken und oft spielen politische Kriterien eine Rolle bei der Verteilung. Die kenianische Gesundheitsorganisation KAPLET (Kamukunji Paralegal Trust) leistet derzeit Nothilfe in den besonders betroffenen Counties im Osten, in Garissa und Tana River. Dort verteilen die Aktivistinnen und Aktivisten Bohnen, Reis, Öl und Trinkwasser – vor allem an diejenigen, die bisher von Hilfe abgeschnitten waren.

Außerdem unterstützt der medico-Partner die Menschen in der Region in der Wahrnehmung ihrer demokratischen Rechte. „Alle Bürger dieser Welt haben das Recht auf Gesundheitsversorgung, sauberes Wasser, Bildung, soziale Sicherheit und ein Leben frei von Hunger. Der Zufall, an einem bestimmten Ort der Welt geboren worden zu sein, darf nicht zum Todesurteil werden“, sagt Dan Owalla von KAPLET, deren Kampagnen für die Bekämpfung der strukturellen Ursachen der Hungerkrisen, medico schon seit der ostafrikanischen Katastrophe von 2011 unterstützt.

Auch jetzt ist praktische Hilfe das Gebot der Stunde. Doch die akute Not ist Folge eines krisenhaften Dauerzustandes – und globaler Unverantwortlichkeit. Zwar ging dem Hunger die Dürre voraus, doch gehört Dürre zu den Folgen des Klimawandels, der von den Ländern des



Praktische Hilfe ist das Gebot der Stunde. Darüber hinaus braucht es aber tiefgreifende strukturelle Veränderungen.

Nordens und den Schwellenländern verursacht wird. Die Knappheit an Getreide ist auch Resultat der internationalen Nahrungsmittelspekulationen, gegen die sich ostafrikanische Regierungen selbst dann nicht erwehren könnten, wenn sie dazu den Willen hätten. Wegen des Zusammenbruchs der Finanzmärkte sind die Hedgefonds und andere Großspekulanten auf die Agrarrohstoffbörsen umgestiegen. Nahrungsmittelvorräte anzulegen ist teuer geworden. Dazu kommt: Die Länder des Horns von Afrika werden von ihren Auslandsschulden erdrückt. Für Investitionen in Infrastruktur und Bewässerung fehlt das Geld.

Die Armut der ganzen Region resultiert nicht zuletzt aus den Kriegen um regionale Vorherrschaft, die nur dann internationale Aufmerksamkeit auf sich ziehen, wenn sie globale Sicherheitskalküle aus der Balance bringen. So ist es denn auch kein Wunder, dass die Länder, in denen die akute Not am größten ist – Südsu-

dan, Somalia, Jemen und der Nordosten Nigerias – eines gemein haben: Sie stecken in einem Strudel aus schwacher Staatlichkeit, internationaler Abhängigkeit und gewaltsamen Auseinandersetzungen um den Zugang zu den Ressourcen, die auf dem Weltmarkt gefragt sind und die Besitzer reich machen. Es sind Gesellschaften in der Dauerkrise. Bleibt dann noch der Regen aus, bricht eine ohnehin fragile Versorgungssituation vollends zusammen.

Christian Sälzer

Damit die medico-Partner in Somalia und Kenia einen wirksamen Beitrag zur Linderung der Not und zur langfristigen Bekämpfung der Ursachen leisten können, brauchen sie unsere Unterstützung.

Spendenstichwort: Hilfe für Ostafrika

Große Verw

Die pakistanische Prov
in Tagen des Terrors

1644 erbaut: Die Shah-Jahan-Moschee in Thatta ist einer der bedeutendsten Moscheebauten der Mogul-Architektur.

irrung inz Sindh



Strukturelle Gewalt und religiöse Radikalisierung: Eine Reise durch Pakistan und Begegnungen mit medico-Partnern

Von Ilija Trojanow

Drei Tage vor dem grausigen Anschlag in Sehwan Sharif am 16. Februar 2017 saß ich im Schneidersitz auf dem Boden in der hinteren Ecke eines Schreins und schloss die Augen. Eine Frau schluchzte leise, einige Männerstimmen murmelten Gebete, von draußen strömte das Lied einiger Musiker wie eine akustische Kalligraphie herein. Meine Gedanken atmeten aus. Ein tiefes Gefühl von Frieden senkte sich über mich. Kurz davor war mir die Ehre zuteil geworden, ein rotes Tuch auf das Grabmal von Shah Abdul Latif zu legen, dem Nationaldichter des Sindh. An Orten wie diesem ist jeder Besucher ein willkommener Pilger, frei, auf seine persönliche Weise seinen Respekt zu bezeugen, Trost zu suchen und Ermutigung zu finden. Bhit Shah, das Zentrum seines Wirkens, liegt etwa 130 Kilometer südlich von Sehwan Sharif, wo täglich und am Donnerstag besonders intensiv des Eremiten Lal Shahbaz Qalander gedacht wird. Dessen Schrein gilt als „wilder“, weil er eine höhere Dichte an Ekstase aufweist, aber die Gleichung bleibt gleich: Heilige sind Dichter, Dichter sind Heilige.

Die Gedichte von Lal Shahbaz Qalander enthalten neben mystischen Einsichten auch rebellische Ausrufe gegen das feudale Establishment, gegen die herrschende Ordnung. Er stand auf der Seite der Armen, er erhob seine Stimme zu ihrem Wohle, weswegen er als Schutzheiliger aller Marginalisierten gilt. Weil die Lehren des Sufismus von der Einheit allen Seins ausgehen und im kleinsten Brosamen

der Existenz die Anwesenheit des Göttlichen erkennen, sind Schreine wie jene von Abdul Latif Shah und Lal Shahbaz Qalander höchst inklusive Versammlungsorte in einem zerrissenen Pakistan voller brutaler und seit einigen Jahrzehnten zunehmend gewalttätiger Konfrontationen. Hier, und nur hier, kommen Menschen aller Ethnien und Klassen, aller religiösen Prägungen und geistigen Neigungen zusammen. Jeder erhält zum Abschied jene zuckrigen Kugeln, die im Mund den Geschmack individueller Hingabe entfalten.

Netzwerk feudaler Abhängigkeiten

Wer dies für eine verklärende Romantisierung vermeintlich rückständiger Traditionen hält, sollte einige Tage durch die Sindh-Provinz reisen, wo einem auf Schritt und Tritt die überwältigende Realität struktureller Gewalt und wachsender religiöser Radikalisierung entgegenschlägt. Die Dörfer sind gefangen in einem Netzwerk feudaler Abhängigkeiten, in dem die Gnade des Großgrundbesitzers einziges Recht ist. In den Schulen sind selbst fünfjährige Mädchen verschleiert. Aber auf die Frage, ob jemand ein Gedicht von Shah Abdul Latif auf sagen kann, springt sofort ein Junge, ein Mädchen auf, und trägt einige Strophen vor, von dem Singsang zur Würde getragen.

In Karatschi, mit über zwanzig Millionen Einwohnern größte Stadt des Landes, sind die Ar-

beiter (mehrheitlich in der Textilindustrie) der Ausbeutung durch allmächtige lokale Unternehmer und globale neoliberale Strukturen völlig ausgeliefert. Gewerkschafter kämpfen auf verlorenem Posten um Zahlung des staatlich vorgeschriebenen Mindestlohns von etwa 140 Euro im Monat. Nur zehn Prozent der Arbeitstätigen erhalten überhaupt einen Arbeitsvertrag. Ergo existieren sie von Tag zu Tag unter Vorbehalt einer ökonomischen Logik, die sie jederzeit in die Überflüssigkeit zu stoßen droht.

Die klaren Richtlinien einer gottgerechten Ordnung erscheinen angesichts einer derart ungesicherten Existenz als Zuflucht. Doch die sozialen Verhältnisse sind keineswegs der einzige Grund für die Zunahme religiöser Orthodoxie. „Inzwischen erleben wir,“ sagt Dr. Riaz Ahmed Shaikh, Politologe an der SZABIST-Universität, „eine Radikalisierung der Mittelklasse, wie sie vor einer Generation noch undenkbar gewesen wäre.“ Die jüngeren Terrororganisationen, etwa die Pashtun Taliban, seien noch fanatischer und gefährlicher. Die Terroristen wollten beweisen, dass sie überall zuschlagen und den Sufismus empfindlich treffen können. Die Fanatiker hätten sich im ganzen Land ausgebreitet, seien in die Städte gezogen. Der Anschlag in Lahore neulich sei ein Beispiel hierfür: Der Attentäter stamme zwar aus dem Stammesgebiet Waziristan, sein „handler“ (der Fadenzieher) sei aber ein gebildeter Bourgeois aus Lahore, dem kulturellen Zentrum des Landes.

„Unsere gesamte Umwelt ist religiös dominiert“, klagt ein Mitarbeiter der landesweit tätigen Nichtregierungsorganisation HANDS, die seit vielen Jahren mit medico zusammenarbeitet. „Es ist tausendmal leichter, Geld für religiöse als für soziale Projekte zu sammeln.“ Gemeinsam fahren wir an einem Dorf in der Nähe der alten Hauptstadt Thatta vorbei, das von einer Überschwemmung im Jahre 2012 völlig zerstört wurde. Religiöse Gruppen errich-

teten rasch eine prächtige Moschee, doch niemand kümmerte sich um den Wiederaufbau des Dorfes, bis HANDS sich dieser Aufgabe annahm.

Der öffentliche Raum ist okkupiert. Usman Baluch, ein verschmitzter älterer Herr und legendärer Veteran vieler politischer Kämpfe, erzählt wie er neulich von einem Soldaten auf der Straße mit gezogener Waffe bedroht wurde, weil er seine abgenutzte „miswak“ (eine botanische Zahnbürste) weggeworfen habe. Der Soldat habe ihn angeschrien: „Wie kannst du es wagen, etwas wegzuworfen, dass der Prophet benutzt hat.“ Es gibt kein Menschenrecht auf Atheismus, wie auch ein Gewerkschafter traurig gesteht: „Ich kann nicht laut sagen, dass ich nicht an Gott glaube, nicht aus Angst um mich selbst, sondern weil es der Organisation schwer schaden würde. Also muss ich schweigen.“

Deep Terrorism

Der wachsende Einfluss der Medresas verdankt sich der Ausbreitung tribaler Haltungen und dem Import saudi-arabischer Ideologie, vor allem aber, darin sind sich alle Vertreter der Zivilgesellschaft einig, dem dämonischen Doppelspiel der Armee, eine Million Mann stark und wohl die professionellste Institution des Landes. Seit Jahrzehnten fördert und instrumentalisiert sie terroristische Gruppen, um Afghanistan, Indien und Iran zu destabilisieren. Inzwischen wendet sich der Terror gegen Pakistan selbst. Gelegentlich wird hierfür der Begriff „deep terrorism“ verwendet, angelehnt an „deep state“ (dem Geheimstaat innerhalb des Staates), um die tiefe und undurchschaubare Verwicklung der Armee zu benennen. Gegenwärtig – so wird immer wieder kolportiert – gebe es einen Konflikt innerhalb der Armee zwischen Ewiggestrigen und Erneuerern, die

Foto: medico



Leder für den Weltmarkt: In einer Gerberei in Karatschi werden Häute für die weitere Bearbeitung weich geschliffen. Vor dem Staub sind die Arbeiter gar nicht oder nur unzureichend geschützt.



Nördlich von Hyderabad lernen Frauen in einem Nähkurs von medico-Partner HANDS.

einen klaren Strich unter die doppelte Buchführung der Vergangenheit ziehen wollen. Nach jedem großen Anschlag schwört die Armeeführung, den Terrorismus auszurotten, Pakistan zu retten. Doch die lancierten Operationen verpuffen nach einer kurzen Phase des Aktionismus. Zudem werde bei solchen Rundumschlägen auch die Zivilgesellschaft angegriffen. Nach dem grauenvollen Anschlag auf die Armenschule in Peshawar im Dezember 2014 seien, so der insgeheim atheistische Gewerkschafter, auch die NGOs strenger kontrolliert und drangsaliert worden. Zudem verschwinden seit Jahren Menschen spurlos, nicht nur vermeintliche Terroristen, sondern etwa auch liberale Blogger. Nur durch massive Proteste der Zivilgesellschaft gelingt es manchmal, diese Menschen zu retten.

Widersprüchliche Hilfslosigkeit

Auch dieses Mal reagierte die Armee schnell und scheinbar resolut. In der Nacht des Anschlags im Februar selbst wurden angeblich über hundert Terroristen getötet und eine Reihe von Waffenlager ausgehoben, was die Frage aufwirft, wieso die Armee nicht früher zugeschlagen hat, wenn sie über die Verstecke der Extremisten so genau Bescheid wusste. Ob die Getöteten tatsächlich Terroristen waren, wird in den Medien kaum hinterfragt. Es hat den Anschein, als sei der Armee mehr daran gelegen, die herrschenden Verhältnisse und die eigene, auch ökonomische Vormacht, zu verteidigen, als die fanatische Gewalt zu unterbinden.

Angesichts dieser komplexen, entmutigenden Zustände ist es kein Wunder, dass bei Diskussionen mit Gewerkschaftern, Anwälten, Künstlern und Aktivisten eine widersprüchliche Hilfslosigkeit vorherrscht. Einerseits hört man, die Menschen hätten die Nase voll vom Fundamentalismus, im nächsten Satz aber auch,

dass sie machtlos seien. Die widerständigen Kräfte organisieren sich in bewundernswerten kleinen Projekten, wie etwa die Frauen des Kulturhauses „Khana Badosh“ („Das Haus auf dem Rücken“) in Hyderabad. Sie haben ihr Zentrum als offenen Raum eingerichtet, gemäß der Tradition des „otaq“, eines „Palavertraums“, in dem Dichtung und Gastfreundschaft gepflegt wurde, der aber traditionell den Männern vorbehalten war.

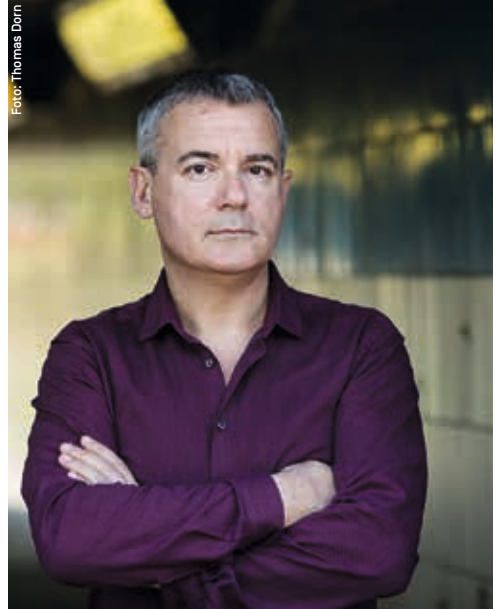
Bei meiner Lesung dort versammelt sich eine beachtliche Vielfalt an kritischen Geistern, ehemalige politische Häftlinge ebenso wie Studenten der Philosophie (Nietzsche-Anhänger!), Autorinnen von Kurzgeschichten auf Sindhi sowie eingefleischte Marxisten. Unter ihnen aber auch jene Männer mit Bärten, Käppis und wallenden Gewändern, die aufgrund ihres dem Propheten nachgeahmten Aussehens als Rechtgläubige zu erkennen sind. Was sie alle eint, das wird am Vorabend des schrecklichen Anschlags in Sehwan Sharif immer wieder betont, ist die sufistische Tradition des Sindh, die als über-islamisch empfunden wird, als eine tiefverwurzelte Haltung, die Grenzen, Kategorien, Identitäten und Zuschreibungen weniger Bedeutung beimisst als dem gemeinsamen menschlichen Gesang. „Es spielte keine Rolle, wer aus welcher Sekte stammt,“ erklärt eine der Gründerinnen, „wir wussten nicht einmal, wer Schiit und wer Sunnit war. Ohne den Geist von Shah Abdul Latif und Lal Sabas Qalandar würde dieses Land zerfallen.“ Die Frau ist keine Schwärmerin, sondern eine besonnene Professorin für Chemie an der nahegelegenen Universität von Jamshoro.

Koalition wider den Fanatismus

Usman Baluch schlägt in dieselbe Kerbe: „Wir können nicht gegen alle gleichzeitig kämpfen, wir müssen eine Koalition mit anderen Kräften schmieden, mit den Sufis und den Schiiten [20

Prozent der Bevölkerung), das wird schwierig, aber was für eine andere Möglichkeit haben wir denn?“ Ähnlich argumentiert auch der führende Menschenrechtsanwalt Faisal Siddiqi, der als junger Jurist maßgeblich an der zivilgesellschaftlichen Bewegung beteiligt war, die 2008 den Militärdiktator Pervez Musharraf stürzte: „Wir müssen umdenken. Wir brauchen einen Zusammenschluss aller progressiven Kräfte. Solche finden sich auch unter den Beamten, in der Armee und innerhalb einflussreicher professioneller Gruppen. Nur gemeinsam können wir die Allmacht der korrupten Elite brechen.“ Hierfür ist die integrative Kraft des Sufismus nötig, des Erzfeinds des islamischen Radikalismus. So merkwürdig es klingen mag, die Situation im heutigen Pakistan ist derart verworren, dass die althergebrachten Zentren des Mystizismus als wichtige Zufluchtsorte der geistigen Gesundheit gelten müssen.

Dieser Beitrag ist am 21. Februar 2017 in der FAZ erschienen.



Der Schriftsteller Ilija Trojanow, Kuratoriumsmitglied der Stiftung medico international, ist im Februar 2017 gemeinsam mit medico-Geschäftsführer Thomas Gebauer durch Pakistan gereist.

In dem von Armut, feudalen Strukturen und eskalierender Gewalt zerrissenen Land ist eine Gesundheitsversorgung weder in den Slums der Ballungsräume noch auf dem Land gewährleistet. Pakistanische medico-Partner engagieren sich im Wiederaufbau der Dörfer, unterstützen die Selbstorganisation von Frauen in Slums von Karatschi und wehren sich gegen die Ausbeutung in der Textilindustrie. Sie eint der Kampf für Demokratie und Gerechtigkeit.

Spendenstichwort: Pakistan



Die Gewerkschaft NTUF demonstriert in Karatschi.

DIE KETTE DER AUSBEUTUNG

medico plant nächsten Schritt im Kampf für eine andere Textilproduktion

Neben der landesweit tätigen Hilfsorganisation HANDS ist die Gewerkschaft NTUF seit 2012 zum wichtigsten medico-Partner in Pakistan geworden. Gemeinsam mit medico unterstützt NTUF die Kampagne gegen den deutschen Discounter KiK - Hauptauftraggeber der Fabrik Ali Enterprise, in der am 11. September 2012 über 200 Menschen verbrannten. In dem Prozess, den vier ehemalige Beschäftigte gegen den Discounter angestrengt haben, soll im Herbst 2017 das Urteil gesprochen werden. Erfolgreich war die Kampagne nicht nur, weil die Dortmunder Richter die Klage angenommen haben, sondern auch, weil es gelungen ist, den Discounter endlich zur Zahlung einer Entschädigung zu verpflichten.

Mit dem Urteil wird der Kampf aber nicht zu Ende sein. Stattdessen werden medico und NTUF den Fokus auf die ganze Produktions- und Lieferkette der globalisierten Textilproduktion ausweiten. Schließlich werden die Jeans und T-Shirts, die hierzulande auf den Markt kommen, nicht nur von den Arbeiterinnen und Arbeitern in den heruntergewirtschafteten Kleiderfabriken der 22-Millionen-Metropole Karatschi hergestellt. Teil der sogenannten „Wertschöpfungskette“ sind auch die landlosen Arbeiter auf den riesigen Baumwollfeldern im Landesinneren, die in jeder Faser ihrer Existenz von der feudalen Allmacht der Großgrundbesitzer abhängen, ebenso wie die Beschäftigten der Spinnereien, der Webereien, der Gerbereien und all der Fabriken, die die Stoffe herstellen.

In den nächsten Jahren will die Gewerkschaft ihnen allen eine Stimme verleihen, die man in Pakistans Hauptstadt Islamabad ebenso deutlich vernehmen soll wie in Berlin und Brüssel. medico wird die mutigen Gewerkschafter weiter unterstützen: Da es auch und vor allem an den Konsumenten Europas hängt, wenn das T-Shirt mehr wert ist als die Leute, die es mit ihrem Schweiß - und ihrem Blut - herzustellen gezwungen sind.

Thomas Seibert

Projekte Projektionen



Verharren als Widerstand Westjordanland: Palästinensischem Dorf droht Räumung

Auf dem Weg zum tiefsten Punkt der Welt, dem Toten Meer, fahren die Touristenbusse auf der Autobahn 1, unweit von Jerusalem nicht nur an der israelischen Siedlung Ma'ale Adumim vorbei, sondern auch an kleinen Ansiedlungen palästinensischer Beduinen, die sich an die kargen Hügel klammern. Viele solcher Beduinengemeinden wurden im Zuge der israelischen Staatsgründung aus der Negev-Wüste vertrieben oder in den 1950er Jahren hierher zwangsumgesiedelt. So auch Khan al Ahmar. Doch nun soll die Siedlung Ma'ale Adumim erweitert werden – und Khan al Ahmar droht die abermalige Zwangs-räumung. 42 Abrissverfügungen hat

die israelische Besatzungsverwaltung gegen das Dorf erlassen. Eine Räumung würde nicht nur die soziale Infrastruktur zerschlagen, die die Bewohner aufgebaut haben. Die Verdrängung palästinensischen Lebens untergräbt auch die Möglichkeit einer Zweistaatenlösung immer weiter. Umso mehr will Eid Abu Khamis, Oberhaupt der Gemeinde, sein Land keinesfalls verlassen: „Wenn unser Dorf abgerissen wird, haben wir einen Plan: hierzubleiben.“ Eine Räumung würde auch die Arbeit des medico-Partners Palestinian Medical Relief Society torpedieren, der die Gemeinschaft seit Jahren unterstützt. Mobile Kliniken etwa verbessern die Basisgesundheitsversorgung. Jetzt aber geht es um die Existenz von Khan al Ahmar.

Spendenstichwort: Israel/Palästina

Verschlungene Wege

Rojava: Solidarische Nothilfe

In den kurdisch verwalteten Gebieten im Norden Syriens bringt der allseitige Kampf um Einflusszonen und Gebietsansprüche beständig neue Konstellationen hervor. So haben jüngst US-Truppen, salutiert von Russland, Attacken der türkischen Armee gegen die kurdischen Verteidigungseinheiten YPG unterbunden. Solcherart abgesichert, haben diese daraufhin den Sturm auf die IS-Hochburg Rakka begonnen. Gleichzeitig kommt es zu immer neuen Fluchtbewegungen. Im Westen fliehen Menschen, vorwiegend Sunniten, aus der Region Manbij vor der türkischen und der syrischen Armee sowie schiitischen Milizen Richtung Kobane. Im Osten hat der Kampf um Mosul im Nordirak Zehntausende auch nach Rojava strömen lassen. Für medico und seine Partnerorganisationen bleibt die Arbeit vor Ort schwierig, zumal der von türkischem Territorium aus tätige Rojava Hilfs- und

Solidaritätsverein verboten und die syrisch-türkische Grenze zur Mauer ausgebaut wurde. In dieser Situation ermöglichen über Jahre aufgebaute Kontakte die Fortsetzung der solidarischen Nothilfe. So ist es nicht nur gelungen, vier Krankenwagen nach Kobane zu bringen, sondern über verschlungene Wege auch 1.200 Gaskocher an Flüchtlinge aus Mosul zu verteilen. Zudem konnte die Medikamentenversorgung von Jesiden, die im Shingal-Gebirge im Nordirak Schutz suchen, sichergestellt werden. Inmitten der komplexen Gemengelage verfolgt die kurdische Selbstverwaltung einen verfassungsgebenden Prozess für eine „Demokratische Föderation Nordsyrien“. Das erinnert daran, worum es in Rojava zuallererst geht: um die Verteidigung eines für die Region modellhaften Projekts, ein demokratisches und ethnisch plurales Gemeinwesen jenseits radikalreligiöser Gewalt und korruptem Autoritarismus zu schaffen.

Spendenstichwort: Rojava

Kampf diesem Krieg

Philippinen: Protest gegen den „War on drugs“ des Präsidenten

Auch dreieinhalb Jahre nach den Verwüstungen durch den Wirbelsturm Haiyan engagieren sich drei medico-Partner weiterhin für einen gerechten Wiederaufbau: SOS, ein Netzwerk von Gesundheitsorganisationen, versorgt bis heute Gemeinden in den bitterarmen Provinzen Leyte und Samar; in der Initiative People Surge haben sich Tausende Betroffener selbstorganisiert; und die unabhängige Forschungs- und Entwicklungsorganisation IBON kümmert sich darum, soziale Benachteiligungen aufzudecken. Jüngst haben IBON und People Surge durchgesetzt, dass Bauern- und Fischer-Familien endlich die ihnen zustehenden Nothilfegelder

erhielten. Inzwischen haben die medico-Partner ein weiteres Aktionsfeld: „Wir sind alle Opfer von Duterte“, sagt Marissa Cabaljaio, Sprecherin von People Surge. Gemeinsam mobilisieren sie gegen den einst als Hoffnungsträger geltenden Präsident Rodrigo Duterte und seinen „Krieg gegen Drogen“. Bei diesem sind in den vergangenen Monaten Tausende Menschen auf offener Straße exekutiert worden – als würden mit den Drogenhändlern (und denen, die dafür gehalten oder als solche beseitigt werden) auch die Drogen verschwinden. IBON betont denn auch, dass die Probleme nur durch die Schaffung eines allgemein zugänglichen Gesundheitssystems und den Kampf gegen den eigentlichen Feind zu lösen sind: die Armut.

Spendenstichwort: Philippinen

Politik der Zer- mürbung



Foto: medica

Die ehemalige Militärbasis Moria auf Lesbos gilt als eines der schlimmsten Flüchtlingslager in Griechenland. Im vergangenen Winter starben hier mehrere Menschen.

Ein Jahr EU-Türkei-Deal: Die Lage der Flüchtlinge in Athen und auf Lesbos zwischen Verzweiflung und Protest

Von Ramona Lenz

Im Sommer 2004 waren die Fernsehkameras der Welt auf den Athener Stadtteil Elliniko gerichtet. Auf dem weitläufigen Gelände des einstigen Flughafens der griechischen Hauptstadt kämpfte die „Jugend der Welt“ in eigens errichteten Stadien und Hallen des Elliniko Olympic Complex im Fechten, Hockey oder Kanufahren um Gold. Doch kaum war das olympische Feuer erloschen, begann das Areal zu zerfallen. Die Farbe bröckelt von den Wänden und das Unkraut wuchert zwischen den Betonplatten hervor. Es ist ein unwirtlicher Ort, mit dem die Stadtverwaltung nichts anzufangen wusste. Bis Ende 2015. Seitdem sind hier Flüchtlinge untergebracht. Eigentlich sollte es nur vorübergehend sein. Doch noch immer haben die Menschen ihre Zelte in der ehemaligen Ankunftshalle des Flughafens aufgeschlagen oder wohnen in denen des UNHCR auf dem Spielfeld des Hockeystadions.

M. lebt seit mehr als einem Jahr hier. „Inzwischen sind wir fast nur noch Afghanen“, erklärt er uns. „Wir bekommen kaum noch Asyl in Europa.“ Das Protokoll seines Smartphones zeigt eine lange Liste vergeblicher Anrufversuche bei der griechischen Asylbehörde. No answer, no answer, no answer. Wie viele andere erreicht M. niemanden, um einen Termin zu vereinbaren. Angesichts der Perspektivlosigkeit hätten viele inzwischen Schlepper bezahlt, um weiterzukommen. Zurückgeblieben seien diejenigen, die sich das nicht leisten können. M. hat in Afghanistan für die internationalen Truppen der

ISAF gearbeitet, auch für deutsche Kontingente. Nicht zuletzt deswegen wurde er 2013 von den Taliban bedroht. Nachdem sein Vater und sein Bruder bei einem Attentat schwer verletzt worden waren, entschloss er sich zur Flucht. Er suchte Schutz bei den Botschaften der Nationen, für die er gearbeitet hatte, und bat um Unterstützung. Doch niemand fühlt sich für ihn zuständig. Wie es jetzt weitergeht? „Wenn man mich abschiebt, bin ich tot. Das ist sicher.“

#18M – gegen den EU-Türkei-Deal

Die Ungewissheit, die Angst vor Abschiebung und die Zustände im Lager setzen den Menschen zu. Immer wieder kommt es zu Ausschreitungen. Doch die Flüchtlinge organisieren auch Proteste gegen ihre Unterbringung, gegen das schlechte Essen und die Bestrebungen, sie in Lager weit außerhalb von Athen zu verlegen. „Dort würde man uns vollkommen vergessen“, meint M. Deswegen hat er in verschiedenen Lagern in Athen für den Protesttag am 18. März 2017 mobilisiert. In mehreren griechischen Städten gingen Tausende Flüchtlinge und Solidaritätsgruppen auf die Straße, um für die Rechte der Flüchtlinge zu protestieren. Das Datum war bewusst gewählt: An diesem Tag jährte sich das Abkommen der EU mit der Türkei. Kurz vor seinem Inkrafttreten war entlang der Balkanroute eine Grenze nach der anderen offiziell geschlossen worden. Der Deal sorgte dafür, dass kaum noch Flüchtlinge aus der Türkei

nachkamen und diejenigen, die nach dem 20. März 2016 auf den griechischen Inseln strandeten, dort bis zum Abschluss ihres Asylverfahrens bleiben müssen. Von heute auf morgen waren sie einem anderen Recht unterworfen. Von der Türkei bis Serbien sitzen Flüchtlinge seither unter desolaten Bedingungen fest.

Viel Geld, wenig Nutzen

Zentraler Ort der Organisation von #18M war das City Plaza Hotel im Zentrum von Athen. Seit fast einem Jahr beherbergt das besetzte Gebäude, das zuvor jahrelang leer gestanden hatte, rund 400 Flüchtlinge. Den hier Gestrandeten bietet es eine würdevolle Unterbringung, frisches Essen und eine gute Gesundheitsversorgung. Hier können sie den Alltag gemeinsam mit den anderen Bewohnerinnen und Bewohnern aktiv gestalten. Seit der brutalen Räumung dreier für Flüchtlinge besetzter Häuser in Athen vor wenigen Wochen fürchten sie jedoch um den Erhalt der Unterkunft. Lange hat die Regierung das Projekt toleriert, weil sie selbst mit der Unterbringung der Flüchtlinge überfordert war. Doch da sich die offiziellen Lager leeren, weil weniger Flüchtlinge ankommen, manche über Relocation, Familienzusammenführung oder illegal in ein anderes Land weitergezogen sind bzw. abgeschoben wurden, steigt die Gefahr, dass auch das Hotel geräumt wird.

In den vergangenen Monaten sind rund die Hälfte der 60.000 Flüchtlinge in Griechenland in Privatwohnungen, Hotels und akzeptable Aufnahmezentren verlegt worden. Die andere Hälfte aber lebt weiterhin in offiziellen Massenzuständen. Es sind Aufbewahrungsstätten mit Minimalversorgung. Flüchtlinge wie auch die nach wie vor zahlreichen Freiwilligen, die sie unterstützen, zucken mit den Schultern, wenn

man sie fragt, wo die vielen Millionen Euro geblieben sind, die die EU angeblich der griechischen Regierung, dem UNHCR und großen Nichtregierungsorganisationen für die Verbesserung der Unterbringung und der Asylverfahren der Flüchtlinge zur Verfügung gestellt hat. Der Einsatz in Griechenland soll der teuerste in der Geschichte des Europäischen Amtes für humanitäre Hilfe (ECHO) gewesen sein.

Einige Mitglieder der syrischen medico-Partnerorganisation Jafra Foundation, die sich irgendwann selbst zur Flucht entschlossen, wollten nicht länger tatenlos zuschauen, wie die Menschen in den Lagern nach und nach zugrunde gehen. Deshalb sind sie selbst aktiv geworden: Zunächst in Idomeni an der Grenze zu Mazedonien und dann in einem Lager in der Nähe von Thessaloniki boten sie Aktivitäten für Kinder an, organisierten Schulunterricht und sorgten für die Vernetzung unter den Flüchtlingen. medico und Moving Europe stellten ihnen hierfür ein Auto zur Verfügung. Bei unserem Besuch erzählen sie, dass sie momentan versuchen, sich als NGO registrieren zu lassen – „Jafra Greece – Refugees to Refugees“. Im Athener Stadtteil Exarchia haben sie vor kurzem eine Unterkunft für Frauen und Kinder eröffnet. Momentan leben Menschen aus Afghanistan, Algerien, Irak und Syrien in dem schön hergerichteten Haus. „Wir haben alles selbst gemacht“, erklärt Housam Jackl von Jafra stolz. „Drei Flüchtlinge haben die Wände gestrichen, drei andere haben sich um die Elektrizität gekümmert und wieder drei andere um die Möbel. Die Menschen wollen etwas tun.“

Inseln als Freiluftgefängnisse

Auf den griechischen Inseln, die von der EU zu „Hotspots“ erklärt wurden, sitzen aktuell rund 15.000 Menschen fest. In den hiesigen Lagern



In Athen haben die Geflüchteten vom syrischen medico-Partner Jafra Foundation die Dinge selbst in die Hand genommen und einen Schutzraum für andere Geflüchtete eröffnet.

sind die Verhältnisse oft noch desolater als auf dem Festland. Keines war darauf ausgelegt, Menschen über einen so langen Zeitraum zu beherbergen. Als eines der schlimmsten Camps gilt Moria auf Lesbos. Mehrfach mit Stachel-

draht abgesichert, warten Menschen seit nun einem Jahr darauf zu erfahren, wie es mit ihnen weitergeht. Im bitterkalten Winter erfroren mehrere Flüchtlinge, andere starben bei dem Versuch, sich mit Gaskochern warm zu halten. Journalisten und andere Beobachter sind nicht erwünscht. Auf der Straße vor dem Eingang stehen junge Männer, viele kommen aus Afrika. Wer Geld hat, besorgt sich gefälschte Papiere, um mit einer Fähre aufs Festland zu gelangen. Um die 1.000 Euro muss man dafür bezahlen.

Vorgeblich soll das EU-Türkei-Abkommen auch dem Schutz der Flüchtlinge dienen. Illegale Einreisen von der Türkei nach Griechenland sollten durch legale ersetzt und die Asylverfahren insbesondere in den „Hotspots“ beschleunigt werden. Diejenigen, die Anspruch auf Schutz in Europa haben, sollten zügig auf andere EU-Länder verteilt werden. Doch von all dem ist wenig geblieben. Nach wie vor ist nur ein Bruchteil der 160.000 Menschen aus Italien und Griechenland in andere EU-Staaten verlegt worden. Stattdessen sind seit dem 15. März 2017 sogar wieder Dublin-Abschiebungen aus anderen EU-Ländern nach Griechenland möglich, sofern Flüchtlinge dort zuerst europäischen Boden betreten haben. Immerhin stocken die Abschiebungen aus Griechenland in die Türkei dank der Klagen von Anwältinnen von Refugee Support Aegean (RSA), deren Arbeit medico gemeinsam mit Pro Asyl unterstützt. Griechische Gerichte bestätigten, dass die Türkei kein sicheres Land für Flüchtlinge ist.

[Ohn-] Macht der Solidarität

Doch auch auf den Inseln gibt es solidarische Strukturen. Die Freiwilligen von No Border Kitchen Lesbos etwa versorgen Flüchtlinge, deren Papiere abgelaufen sind und die in besetzten Häusern auf Lesbos leben, jeden Tag mit

frischem Essen. Und die Initiative „Welcome 2 Europe“ verteilt mit medico-Unterstützung Broschüren, die wichtige Informationen und Adressen enthalten, in vier verschiedenen Sprachen an Neuankömmlinge. Dass auch Lager menschenwürdiger sein können, beweist das Aufnahmezentrum Pikpa in der Nähe des Flughafens von Mytilini. Als vor einigen Jahren immer mehr Menschen an den Stränden von Lesbos ankamen, beschlossen Aktivistinnen und Aktivisten, sie in dem ehemaligen Feriendorf unterzubringen. Später führten sie Gespräche mit der Stadtverwaltung. Inzwischen wird das Lager mit wenigen Festangestellten und vielen lokalen und internationalen Ehrenamtlichen von Lesbos Solidarity betrieben. Aufgenommen werden hier besonders verwundbare Flüchtlinge – Menschen, die traumatische Erfahrungen gemacht haben, chronisch krank oder schwanger sind, eine Behinderung haben oder ein Schiffsun- glück überlebt haben. In Pikpa gibt es liebevoll eingerichtete Holzhütten, einen Kindergarten, einen Waldspielplatz, einen Gemüsegarten, eine große Küche, in der die Flüchtlinge drei Mal in der Woche selbst kochen können, und eine Altkleiderausgabe, die wie eine Boutique eingerichtet ist.

Genauso wie den Aktivistinnen und Aktivisten vom City Plaza ist es auch Lesbos Solidarity gelungen, Flüchtlingskinder auf die staatliche Schule zu schicken. Dieses Engagement macht einen Unterschied – eine langfristige Perspektive kann es den Menschen allerdings nicht vermitteln. Auch in Pikpa sitzen die Menschen seit vielen Monaten fest und warten mit zunehmender Verzweiflung auf eine Entscheidung, wie es für sie weitergehen wird. „Depressionen und Suizidversuche haben stark zugenommen“, berichtet eine Krankenschwester von Lesbos Solidarity.

„Die Ankunft in Griechenland war die Hölle“, erzählt R. aus Damaskus, ein Mann, der in Syrien

mehrere Monate im Gefängnis gesessen hat. Seit Sommer 2016 ist er mit seiner Frau und ihren beiden Kindern auf Lesbos. „Wir kamen zunächst in das Lager Kara Tepe und mussten wie Tiere in Zelten leben.“ In Pikpa sei die Situation viel besser. Dennoch ist seine Hoffnung fast erloschen. „Meine Tochter fragt mich jeden Tag, wann wir wieder ein normales Leben führen. Ich reiße mich zusammen, weil ich nicht will, dass sie dieselben psychischen Probleme bekommt wie ich.“ Wenn er gewusst hätte, was das EU-Türkei-Abkommen für ihn und seine Familie bedeutet, wäre er in ein arabisches Land gegangen und nicht nach Griechenland, sagt R. unter Tränen. In jeder Hütte erzählen die Menschen ähnliche Geschichten, von erlebter Gewalt, den Strapazen der Flucht und einer wachsenden Perspektivlosigkeit. Die Tage vergehen und zermürben. Es gibt kein Vorwärts, aber die Drohung eines Zurück. Man kommt nicht umhin, die abschreckende Wirkung zu erkennen und genau darin die eigentliche Agenda der europäischen Asylpolitik zu sehen.

Im Gegensatz zu den offiziellen Auffanglagern geben selbstorganisierte Orte wie das City-Plaza-Hotel oder die Flüchtlingsunterkunft der Jafra-Aktivisten in Athen den Menschen etwas von dem zurück, was ihnen auf der Flucht genommen wurde: Selbstbestimmung, Individualität und Schutz. medico unterstützt solche Initiativen, die sich für das Recht der Menschen auf Würde und ein Leben in Sicherheit einsetzen – hier und anderswo.

Spendenstichwort: Flucht und Migration

Priorisierung des Leids

Ägypten. Wie Kairo Flüchtlinge instrumentalisiert und Europa zum Zweck der Abschottung kooperiert. Fragen an Nader G. Attar



Foto: Center for Refugee Solidarity

Nader G. Attar ist Aktivist der ägyptischen medico-Partnerorganisation Center for Refugee Solidarity. Wegen der Verfolgung durch das Regime musste er nach Schweden fliehen.

Um Flüchtlingen den Weg nach Europa zu versperren, ist die Bundesregierung bestrebt, mit Ägypten einen ähnlichen Deal wie mit der Türkei abzuschließen. Bei ihrem Staatsbesuch Anfang März 2017 ging es Angela Merkel um die Stärkung der Küstenwache, den Kampf gegen Schleuserkriminalität und die Rückführung von Migrantinnen und Flüchtlingen aus Deutschland. Was denkst du über diese Agenda?

Ägypten ist ein wichtiges Transitland für Menschen aus Sudan, Eritrea oder Somalia. Aber auch Syrerinnen und Syrer versuchen, über Ägypten nach Europa zu gelangen. Das Land

gilt als Schlüsselstaat in der Region – zumal mit dem zerrütteten Libyen, von wo aus die allermeisten Flüchtlinge nach Europa aufbrechen, Verhandlungen kaum möglich sind. Das Problem besteht darin, dass Deutschland und andere europäische Länder einen präventiven Ansatz verfolgen. Sie wollen die Grenzen schließen und die Küstenwache stärken, um Menschen davon abzuhalten, das Land in Richtung Europa zu verlassen. Eins sollten wir aber doch in all den Jahren gelernt haben: So sehr die Grenzen auch geschlossen werden – es wird Menschen, die ihre Hoffnung verloren haben, nicht davon abhalten zu gehen. Richtig wäre ein korrigierender Ansatz, der versucht, die Gründe zu verstehen und zu ändern, aufgrund derer Menschen Länder wie Ägypten und Libyen verlassen. Es sind Menschen, die keine Rechte haben. Bei einem korrigierenden Ansatz würde man versuchen, die Regierung dazu zu bringen, die Situation der Menschen zu verbessern.

Auch die Europäische Union versucht, die Kooperation mit Ägypten und anderen afrikanischen Transit- und Herkunftsländern zu forcieren. Dabei werden Entwicklungshilfegelder zunehmend als Druckmittel benutzt. Hat Ägypten überhaupt ein Interesse an einer solchen Kooperation? Oder ist die Regierung

nicht froh, wenn Migranten und Flüchtlinge nach Europa weiterziehen?

Ich denke fast, dass es umgekehrt ist: Die Regimes im Mittleren Osten und Nordafrika, also zum Beispiel in Libyen, Ägypten, Libanon und Jordanien, nutzen Flüchtlinge und Migranten seit Jahren als Druckmittel gegen Europa und andere internationale Regierungen. In Ägypten war das unter Mursi so und jetzt unter Sisi ist es ebenso. Ich bin wirklich verärgert darüber, dass die EU der Theorie und Rhetorik folgt, nach der Ägypten als Tor fungiert, das geschlossen gehalten werden muss, um Terroristen fern von Europa zu halten und dafür Unterstützung und Finanzierung benötigt. Meiner Meinung nach begeht die EU momentan denselben Fehler, den sie zum Beispiel schon mit Gaddafi begangen hat. Sie stellt sich gegenüber den Verstößen gegen die Menschenrechte und den Misshandlungen von Flüchtlingen blind und glaubt, das Problem dadurch zu lösen, dass sie diese Regimes finanziert. Das Problem wird aber nicht gelöst – wie man an der schlechten Gesundheitsversorgung im Camp Zaatari in Jordanien sehen kann oder daran, dass palästinensische Flüchtlinge zwar seit den 1950er- und -60er Jahren im Libanon leben, aber keine Arbeitserlaubnis erhalten. Diese Probleme müssen gelöst werden, statt Geld zur Sicherung der Grenzen zu verteilen.

Wie ist die momentane Situation von Flüchtlingen, Migranten und Migrantinnen in Ägypten?

Sie ist komplex. Anders als im Libanon, wo seit Jahrzehnten Flüchtlinge leben, gibt es in Ägypten keine „Flüchtlingskultur“. Hinzu kommt, dass sich der Umgang mit Flüchtlingen verändert hat. Unter Mursi war es für alle Syrerinnen und Syrer einfach, nach Ägypten zu kommen. Es ging ihnen relativ gut und nur sehr wenige verließen das Land über das Mittelmeer. Heute unter Sisi werden die Flüchtlinge aber zunehmend instrumentalisiert, um lokal und auch

international Hass und Angst zu schüren. Seit dem Militärputsch kommt es vermehrt zu rassistischen und diskriminierenden Übergriffen gegen Menschen aus Syrien. Sie werden beschuldigt, den Ägyptern Jobs und Geld wegzunehmen. Ein weiteres Problem sind die von uns dokumentierten Inhaftierungen. Personen, die das Land verlassen wollen, auch Frauen und Kinder, werden für sehr lange Zeit ohne Anklage inhaftiert, teilweise bis zu einem Jahr. Wir

„Ich kann nicht verstehen, wie die EU über einen Deal mit Ägypten verhandeln kann, ohne zunächst die Ausschaltung der Zivilgesellschaft zu diskutieren.“

fordern ihre Freilassung, da sie unschuldig sind, aber der Staatsschutz lehnt dies mit der Begründung ab, dass sie die nationale Sicherheit gefährden würden. Aber wie kann ein zwei Monate altes Kind eine Gefahr für die nationale Sicherheit sein? Die Taktik dahinter ist, die Flüchtlinge so lange zu inhaftieren, bis sie selbst ihrer Abschiebung zustimmen. Die Lage der Flüchtlinge wird auch dadurch erschwert, dass ihnen elementare Grundrechte vorenthalten werden. Für syrische Kinder ist es zum Beispiel sehr viel schwerer, an einer öffentlichen Schule angenommen zu werden, als für ägyptische. Und private Schulen können sich nur die wenigsten leisten.

Welche Rolle spielen Agenturen wie das UNHCR oder die Internationale Organisation für Migration (IOM) in Ägypten?

In Ägypten ist die komplette Zivilgesellschaft stillgelegt worden, also auch die NGOs, die sich für die Situation der Flüchtlinge eingesetzt haben. So wurde eine Organisation geschlossen, die Tötungen von Flüchtlingen und den Handel

mit ihren Organen öffentlich gemacht hat. Aber auch Human Rights Watch und der medico-Partner Nadeem Center für die Rehabilitierung von Opfern staatlicher Gewalt und Folter dürfen nicht weiterarbeiten. Dadurch ist ein Vakuum in der Unterstützung von Flüchtlingen und Migranten und der Dokumentation von Problemen entstanden. So kommt es, dass nur Organisationen wie die IOM oder das UNHCR mit Flüchtlingen arbeiten. Das ist kritikwürdig. Denn diese Organisationen wollen es sich nicht mit der Regierung verscherzen. Das ist meiner Meinung nach ein wichtiger Unterschied zu privaten NGOs. Die sind unbequemer, kritischer und machen keine Politik mit der Regierung.

Woran arbeitet ihr im Moment?

Wir versuchen unseren Fokus auf Flüchtlinge aus Afrika auszudehnen, denn das sind die vergessenen Flüchtlinge. Wir leben in einer Welt, in der Leid unterschiedlich priorisiert wird. Momentan stehen die syrischen Flüchtlinge im Vordergrund. Aber somalische oder sudanesishe Flüchtlinge leiden unter denselben Verbrechen und Misshandlungen, in manchen Ländern sogar seit längerer Zeit als in Syrien. Andere Gruppen werden komplett vernachlässigt. In vielen europäischen Ländern werden Asylanträge von syrischen Flüchtlingen priorisiert, während die Schutzbedürfnisse von afghanischen oder somalischen Flüchtlingen hintangestellt werden.

Wie steht es um die Ägypterinnen und Ägypter selbst? Bislang emigrieren nur wenige. Könnte sich das in Zukunft ändern?

In den letzten Jahren ist eine große Zahl von Ägypterinnen und Ägyptern in die Türkei gegangen, zum Beispiel Muslimbrüder. Die zweite Gruppe sind Aktivistinnen, Autoren und Journalistinnen, also Leute, die von der Repression gegen die Zivilgesellschaft betroffen sind. Ich kann nicht verstehen, wie die EU über einen Deal mit Ägypten verhandeln kann, ohne zu-

nächst die Ausschaltung der Zivilgesellschaft zu diskutieren. Wenn die EU oder Deutschland Ägypten finanziell unterstützen sollten, ist eine starke Zivilgesellschaft unglaublich wichtig, um die Aktivitäten der Regierung und auch den Verbleib des Geldes zu beobachten.

Interview: Ramona Lenz

Transkription und Übersetzung: Anne Wolter

Ägyptische Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten haben Anfang 2014 das „Center for Refugee Solidarity“ gegründet, das sich der Recherche zur Situation der Flüchtlinge und der Verteidigung ihrer Rechte widmet. Einige von ihnen, darunter Nader G. Attar, mussten inzwischen in Schweden Schutz suchen. medico unterstützt die Arbeit des Center für eine Verbesserung des Zugangs zur gesundheitlichen Versorgung von Flüchtlingen in Ägypten. Der medico-Partner Al Nadeem Center, der sich seit vielen Jahren und allen Repressionen zum Trotz in Kairo für Opfer von Folter, staatlicher und häuslicher Gewalt einsetzt, ist im Februar 2017 von der Polizei geschlossen worden. Der unmittelbare Anlass war die neuerliche Veröffentlichung eines „Jahresarchivs der Unterdrückung“, eine Dokumentation der 2016 bekanntgewordenen und in öffentlichen Quellen zugänglichen Verbrechen staatlicher Behörden. Die Mitglieder wollen ihre Arbeit fortsetzen, ob in den Räumen des Centers oder anderswo. Auch medico international bleibt an der Seite des Nadeem Centers.

Spendenstichwort: Ägypten

Land als Mauer



OWNERSHIP SUBJECT TO A SECURITY AGREEMENT FILED WITH THE SURFACE TRANSPORTATION BOARD

GATX

Foto: Ricardo Ramirez Arriola

2 INCH HF COMP SHOES

La Bestia, die Bestie, wird der Güterzug genannt, auf dem Tausende Migrantinnen und Migranten durch Mexiko nach Norden reisen. Die zunehmende Verfolgung durch Polizei und Migrationsbehörde zwingt sie auf noch gefährlichere Routen.

2 INCH HF COMP SHOES

LITFLEX JACK

LITFLEX JACK

Migration: Trump will die Südgrenze der USA dichtmachen. Dabei ist Mexiko längst Teil der Abschottungs- und Abschiebemaschinerie

Von Timo Dorsch

Marta Sánchez Soler, schwarz gekleidet und mit Sonnenbrille vor den Augen, sitzt rauchend in einem Café im historischen Zentrum von Mexiko-Stadt. Der elegante Eindruck, den die fast 70-jährige Grand Dame der mexikanischen Solidaritätsbewegung mit den Migrantinnen und Migranten vermittelt, ist schwer vereinbar mit der brutalen Realität, mit der sie sich tagtäglich auseinandersetzt: Als Präsidentin des medico-Partners Movimiento Migrante Mesoamericano [M3] engagiert sie sich seit vielen Jahren für die Menschen, die sich vor allem von Zentralamerika aus auf den Weg Richtung Norden machen – ein Weg, der immer langwieriger und gefährlicher wird. „Mit dem Krieg gegen die Drogenkartelle ist die Migration dem organisierten Verbrechen übergeben worden“, urteilt sie scharf und knapp. Im Dezember 2006 rief die mexikanische Regierung unter Felipe Calderón den „Krieg gegen die Kartelle“ aus, der das Land inzwischen in die schrecklichsten aller vorstellbaren Abgründe katapultiert hat. Ein Jahrzehnt später lässt sich über die Zahl der Toten nur streiten, Schätzungen von 200.000 scheinen realistisch. 2006 war aber auch das Jahr, in dem Entführungen, Erpressungen, Morde und Vergewaltigungen von und an Migranten exponentiell angestiegen sind. Daran hat sich bis heute nichts geändert.

An den Verbrechen sind mexikanische kriminelle Gruppen ebenso beteiligt wie guatemal-

tekische oder salvadorianische Mara-Banden und staatliche Sicherheitskräfte. Aufgeklärt wird quasi keines. „Bis wohin reicht die Kette der Korruption?“, fragt Marta und verweist auf staatliche Verstrickungen in die kriminellen Machenschaften bis in höchste Regierungsebenen. Hinzu kommt: „Auch die Schmuggler haben sich gewandelt.“ Stammten sie einst aus den migrantischen Communities und sahen ihre Tätigkeit auch als Dienst an der Gemeinschaft an, gehören heute viele entweder den Kartellen an oder sie zahlen diesen Schutzgelder. Der widersprüchliche Krieg des Staates gegen das organisierte Verbrechen, der Konflikt zwischen den Kartellen sowie die Ausbeutung der weitgehend recht- und schutzlosen Migrantinnen und Migranten haben dazu geführt, dass, so Schätzungen vom M3, das sich dabei auf einen Bericht der mexikanischen Nationalen Menschenrechtskommission (CNDH) stützt, jährlich an die 20.000 Menschen aus Zentralamerika auf dem Weg durch Mexiko spurlos verschwinden.

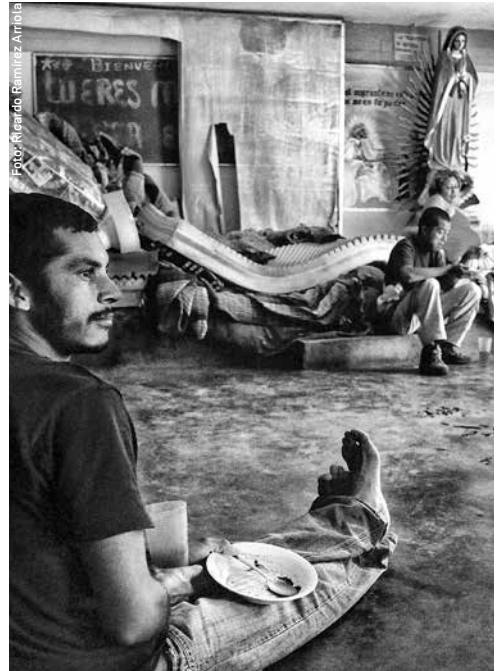
Angesichts von Gewalt und Repressionen suchen sich die Menschen neue, vermeintlich aussichtsreiche Routen durch das Land. Zwar ist „La Bestia“, der berüchtigte Güterzug gen Norden, weiterhin stark frequentiert. Doch immer mehr ziehen auf unbekanntem Wegen durch Wälder und Gebirge. „Dadurch werden sie noch unsichtbarer“, betont Marta. Und ge-

fährdeter. Denn hier werden sie auch noch von lokalen Banden bedroht.

Der Husten Trump

In Mexiko gibt es ein Sprichwort: Wenn der nördliche Nachbar Husten hat, bekommt das eigene Land eine Grippe. Der aktuelle Husten heißt Donald Trump. Einen Tag nach dessen Wahlsieg titelte das Boulevardblatt *El Gráfico* mit großen gelben Lettern „FUUUUCK!“. Und in der Wahlnacht rutschte die mexikanische Währung auf ein Rekordtief. Binnen Stunden verlor der Peso gegenüber dem US-Dollar um 13 Prozentpunkte an Wert. Im Februar wurden dann Ausschnitte aus einem Telefongespräch zwischen dem mexikanischen Staatspräsidenten Enrique Peña Nieto und seinem US-amerikanischen Amtskollegen geleakt. Trump drohte darin – halb im Scherz, halb Ernst – die Armee zu schicken, falls Mexiko mit seinem Gewalt- und Drogenproblem nicht zurechtkommt.

Für Verstimmung haben auch seine Ankündigungen gesorgt, die 3.180 Kilometer lange Grenze zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko mit einer meterhohen Mauer absichern und bis zu drei Millionen Illegalisierte in ihre Herkunftsländer abschieben zu wollen. In der Empörung über Trump wird jedoch allzu leicht übersehen, dass mehr als ein Drittel der Grenze bereits durch einen hohen Wall gesichert ist – ein Wall, der vor mehr als zwei Jahrzehnten unter dem demokratischen US-Präsidenten Bill Clinton initiiert worden war. Auch die Abschiebemaschinerie und restriktive Migrationsgesetze, auf die Trump zurückgreifen kann, sind unter George W. Bush Jr. und Barack Obama entwickelt worden. Gab es 1992 nur 4.193 Grenzpolizistinnen und -polizisten, sind es heute mehr als 20.000. Von 2009 bis 2015, also unter dem Friedensnobelpreisträger Obama, sind knapp 2,8 Millionen Menschen abgeschoben



Herbergen wie hier in Lechería im Bundesstaat Mexiko sind überlebensnotwendig für die durchreisenden Migrantinnen und Migranten.

worden, die meisten von ihnen Mexikanerinnen und Mexikaner – mehr als jemals zuvor.

Die Aufmerksamkeit für Trump verdrängt jedoch auch die aktive Rolle, die Mexiko selbst in der Bekämpfung der Migration spielt. Im vergangenen Jahr wurden zum zweiten Mal in Folge mehr Menschen aus Mexiko nach Zentralamerika abgeschoben als aus den USA: 143.226 aus Mexiko, 77.608 aus den USA. Zurückzuführen ist diese Entwicklung auf das 2014 in Kraft getretene, von den USA mit angeschobene Programm „Frontera Sur“. Grenzkontrollen werden ins mexikanische Inland verlagert, um die Illegalisierten effektiver aufzugreifen und weit vor der US-mexikanischen Grenze aufzuhalten. Die

USA hat damit die Grenze in Richtung Süden verschoben – eine Strategie, die aus Europa hinlänglich bekannt ist.

Diese Politik hat den Druck auf die Migrantinnen und Migranten erhöht. Abschreckende Wirkung hat sie allerdings nicht. Weiterhin passieren Hunderttausende Menschen aus Zentralamerika irregulär die mexikanische Südgrenze. Immer weniger aber schaffen es in die USA – oder versuchen es auch nur. Da die Weiterreise zu gefährlich geworden ist, beantragt eine wachsende Zahl in Mexiko Asyl. So kommen verstärkt Trans- und Homosexuelle aus Honduras, Guatemala und El Salvador nach Mexiko-Stadt, um in der als gay-friendly geltenden Hauptstadt zu bleiben. Ein offener Umgang mit nicht-heterosexuellen Identitäten lässt sich auch auf der Migrationsroute beobachten. Anfang dieses Jahres hielt Fray Tomás González, Koordinator der von medico unterstützten Migrantenherberge La72 in Tenosique eine Messe, die die LGBT-Community ausdrücklich einschloss. In der Herberge selbst gibt es inzwischen einen eigenen Schlafsaal für LGBT.

Solidarität unter Druck

Es sind solch solidarische Strukturen und helfenden Hände, die dafür sorgen, dass die Menschen auf ihren Weg gen Norden nicht ganz auf sich allein gestellt sind. Hände wie die von Víctor Hugo Puebla. Im Norden der Hauptstadt arbeitet der junge Mann in einem kleinen Laden seiner Familie. Daneben engagiert er sich in Herbergen für Migranten in und um Mexiko-Stadt und weiß daher, was sich verändert hat. „Dauerten die Wege der Menschen früher lediglich ein paar Wochen, sind es jetzt stockende Reisen, die sich über Monate oder sogar Jahre hinziehen können.“ Viele hängen im Transit fest und wissen nicht, wie es weitergehen soll. Die Organisation, für die er arbeitet, unterhielt auch eine

Herberge in Huehuetoca im Bundesstaat Mexiko. Doch diese musste schließen. „Wegen den Drohungen und der Gewalt von kriminellen Gruppen und dem Schweigen der Regierung“, kommentiert er knapp. Die brenzlichen Gebiete haben sich weit in den Süden ausgeweitet: „Mit der Migrationspolitik von Trump ist das sichtbarer geworden, aber wir, die wir in Kollektiven und Organisationen zum Thema Migration arbeiten, sehen all das schon seit Langem.“

Zurück ins Café zu Marta Sánchez. Auch sie erzählt von Veränderungen, allerdings von solchen, die ihren Ursprung in Europa haben. Auf ihrer Flucht aus Haiti, aus Kamerun, dem Kongo und sogar aus Syrien kommen die Menschen nach Mexiko. Denn als Europa im Jahr 2015 die Balkanroute schloss, fingen die Leute an, sich neue Routen zu suchen. Sie kommen mit dem Flugzeug oder Schiff und erhalten im Gegensatz zu ihren zentralamerikanischen Leidensgenossinnen und -genossen eine Art Transitvisum, das ihnen für 20 Tage einen legalen Status garantiert. „Es gibt hier in Mexiko inzwischen eine transkontinentale Migration“, schließt Marta Sánchez und drückt langsam ihre letzte Zigarette aus.

medico international fördert das Movimiento Migrante Mesoamericano seit 2011. Dank dieser Unterstützung konnte die Gruppe ihre Menschenrechtsarbeit ausweiten und die Öffentlichkeitsarbeit intensivieren. Jedes Jahr ist das M3 Gastgeber einer Karawane von Angehörigen verschwundener Migrantinnen und Migranten, die in Mexiko nach Spuren der Vermissten suchen. Außerdem fördert medico die Herberge La72 im Süden Mexikos.

Spendenstichwort: Mexiko

Ein selbstverwaltetes Gefängnis

Libanon. Im Palästinenserlager Ein El-Hilweh spiegeln sich auch die regionalen Konflikte

Von Katja Maurer

Von hier aus sind es nicht einmal 100 Kilometer zu den Orten, aus denen die Flüchtlinge einst kamen. Amqa, Saffourieh, Shaab, Manshieh, al-Simireh, al-Nahr, Hitten, Ras al-Ahmar oder al-Tiereh heißen sie und liegen im Norden von Israel. Manche von ihnen wie Amqa oder Saffourieh wurden nach dem Exodus der Palästinenser bei der Staatsgründung Israels dem Erdboden gleichgemacht und ihre Überreste finden sich nur noch in einem Privatmuseum in Nazareth. Andere wie die Kleinstadt Shaab sind heute arabische Ansiedlungen auf israelischem Territorium, die 1948 aber einen kompletten Bevölkerungsaustausch erlebt haben. Die meisten Bewohnerinnen und Bewohner dieser Ansiedlungen hat es in das benachbarte Libanon verschlagen – hierher nach Ein El-Hilweh, ein Lager für palästinensische Flüchtlinge, das das Rote Kreuz 1948 in der Nähe der einst phönizischen Stadt Saida errichtete.

Heute gilt Ein El-Hilweh als einer der gefährlichsten Orte im Nahen Osten. Das eineinhalb Quadratkilometer große Lager ist seit den 1990er Jahren mit einem Zaun umgeben, der gerade weiter befestigt wird. Und wer in das Lager hinein will, muss eine scharfe Kontrolle und ein schikanöses Prozedere durch die libanesischen Armee überstehen. Und doch gibt

es für die über 100.000 Menschen, die hier seit fast 70 Jahren auf engstem Raum zu leben gezwungen sind, eben auch Alltag und Routinen. Wer die eine Registrierung bei der libanesischen Regierung und dem Hilfswerk der UN für palästinensische Flüchtlinge (UNWRA) erlangt hat, kann zu normalen Zeiten hinein und heraus. Einige Tausend Bewohner besitzen eine solche Registrierung allerdings nicht. Sie sind eingesperrt wie in einem Gefängnis.

Für eine außenstehende Besucherin ist die zermürbende, bis ins Detail geregelte Ausgrenzung palästinensischer Flüchtlinge im Libanon so wenig sichtbar wie das Gefühl der Hoffnungslosigkeit, das die schleichende Verschlechterung der Lage bei vielen Bewohnerinnen und Bewohnern auslöst. Nur die mit Einschusslöchern übersäten Gebäude in den schmalen Gassen erzählen von den unerträglichen Zuständen, die sich in einen Krieg der Bewohner gegen sich selbst verwandelt haben. Erst Ende Februar 2017 flammten die Straßenkämpfe zwischen der Fatah und einer islamistischen Gruppe wieder auf. Diese Kämpfe werden in Straßen ausgetragen, durch die oft nicht mal ein Auto passt, in Winkeln und Treppen, die von Freundes- in Feindesland führen. Zuletzt starb ein siebzehnjähriger Junge und UNWRA schloss die Schulen im



Überall im Lager finden sich Spuren von vergangenen und aktuellen Kämpfen.

Lager. Die Jugendgruppe des medico-Partners Nashet wagte sich trotz der Feindseligkeiten auf die Straße, um für ein Ende der Kämpfe, aber auch gegen die übereilte Schließung der Schulen zu demonstrieren.

Feindseligkeiten auf engstem Raum

Die weiten Ärmel des Kleids von Zaera Husain Al-Amer verbergen ihre nervösen, abgearbei-

teten Hände. Ihr blassrosa Hijab betont die schwermütigen dunklen Augen. Zaera ist eine Freiwillige von Nashet. Sie gehört einer Gruppe von Müttern an, die sich regelmäßig im Zentrum des medico-Partners trifft. Sie sind die Mütter der Mädchen, für die Nashet zusätzlichen Unterricht anbietet, damit die Mädchen ihren Schulabschluss schaffen und auf die weiterführende Schule gehen können. Nashet hat für die Mädchen, die nicht nur häuslicher Gewalt ausgesetzt sind, einen sicheren Ort geschaffen. Aus diesem Projekt ist auch die Müttergruppe entstanden, denn der Wunsch nach Austausch unter den Frauen war enorm. Die traurige Zaera erzählt es am eigenen Beispiel: Ihr Mann wurde schwer krank, dann fehlte das Geld und sie mussten innerhalb des Lagers umziehen. Nur wenige Schritte entfernt von ihrer bisherigen Wohnung gerieten sie mit ihrem neuen Zuhause in eine feindselige Nachbarschaft. Sie gelte als eine aufgeschlossene Frau – schon das reiche, um sie zu beargwöhnen und in einen Kleinkrieg zu zerren, der an ihrem Gemüt nagt.

Sie zeigt ihre karge Wohnung. eine kleine Küche und zwei Zimmer, in denen eigentlich nur Betten stehen. Ein kleiner Fernseher mit windschiefer Antenne ist der Draht in die Welt. Ein vergittertes Fenster gibt nur einen Blick auf die Enge der Umgebung frei. Hier weiß jeder alles vom anderen. Es gibt keine Privatsphäre. Zaera verlässt das Haus fast nur, um die wenigen Meter zum Zentrum von Nashet zu gehen. „Diese Treffen helfen mir“, sagt sie und wischt sich die Tränen aus den Augen. „Weil wir Frauen über vieles reden und solidarisch miteinander sind.“ Ihr Bedrohungsgefühl speist sich aus vielen Quellen. Die Verarmung durch die Krankheit des Mannes ist eine. Außerdem ist die Unterstützung durch die UNWRA zurückgegangen. Früher haben man Lebensmittel erhalten, sagt Zaera. Jetzt gäbe es Geld. Das klinge gut, nur könne man davon viel weniger Lebensmittel



Fotos: Hoiger/Priedermuth

Besucht regelmäßig die Frauengruppe von Nashet: Zaera Husain Al-Amer.

kaufen. Hinzu kommt, dass es keine funktionierende Ordnungsmacht im Lager mehr gibt. Es regiert reine Willkür, sagt Zaera. Und so wird selbst die Nachbarschaft zu einer existenziellen Bedrohung. Das bestätigt auch Zafer Khateeb, Präsident von Nashet. In Ein El-Hilweh ebenso wie in den anderen elf offiziellen palästinensischen Lagern im Libanon herrsche ein Klima der Angst. „Niemand kann heute behaupten, hier etwas zu kontrollieren, nicht einmal die islamischen Parteien, die noch am strukturiertesten sind. Deshalb wird jeder individuelle Konflikt im Lager gewalttätig gelöst.“

Seit Jahrzehnten ohne Perspektive

Seit 1948 leben 500.000 im Libanon registrierte Flüchtlinge ohne wirkliche Perspektive. Und im Ringen um eine Perspektive haben sie immer weiter verloren. So war es im libanesischen Bürgerkrieg, in dem die Palästinenser eine maßgebliche Konfliktpartei waren, bis die christliche Falange unter den Augen der isra-

elischen Armee ein Massaker in den Beiruter Flüchtlingslagern Sabra und Shatila anrichtete. So war es bei den Osloer Verträgen zwischen Israel und der PLO, in denen die Frage des Rückkehrrechts, was nicht gleichzusetzen ist mit Rückkehr, ausgeklammert wurde. Jetzt scheinen sie sogar von ihrer eigenen politischen Repräsentanz vergessen worden zu sein. Im Libanon sind die Palästinenser in unterschiedlichen rechtlosen und staatenlosen Zuständen gefangen und werden, von wenigen Ausnahmen abgesehen, systematisch von bürgerlichen und sozialen Rechten ausgeschlossen. Ein Bericht des UN-Hochkommissariats für Flüchtlinge (UNHCR) von 2016 beschreibt die trostlose Lage so: Zwei Drittel der Palästinenser im Libanon sind arm oder extrem arm. Bereits 2010 lag die Arbeitslosigkeit bei 56 Prozent. Der UNHCR-Bericht geht davon aus, dass sich die Zahl durch die Syrien-Krise und die syrischen Flüchtlinge, darunter wiederum über 40.000 Palästinenser, noch deutlich erhöht hat. Deshalb lebt etwa die Hälfte der im Libanon registrierten Palästinenser mittlerweile in Europa oder Nordamerika, viele auch in Deutschland, wo ihnen durch den Zugang zu Rechten und damit auch Zugang zu Bildung und Aufstiegsmöglichkeiten entstanden sind.

Zafer Khateeb, dessen Handys während unseres Gespräches in seinem kleinen Büro an der Ecke zwischen UNWRA-Schule und Lagerhauptstraße unaufhörlich klingeln, ist geblieben. Allerdings arbeitet er auch nur im Lager und lebt unter ungleich menschenwürdigeren Bedingungen in Saida. „Den Menschen im Lager ein Lächeln auf die Lippen zu zaubern, ist schwierig“, sagt Khateeb und betont, dass Nashet es trotzdem versucht. Die Arbeit ist nicht unpolitisch, aber weit entfernt von den politischen oder vermeintlich politischen Gruppen, die im Lager das Sagen haben. So thematisiere Nashet in der Jugendarbeit sehr offensiv die Frage der Gewalt. Ein Tabuthema. Denn Waf-

fen gehörten zum Selbstbild der palästinensischen Männer, sagt Khateeb. Nun organisiere man Treffen von Jugendlichen, in denen die bewaffneten Konflikte im Lager diskutiert würden. Ob das auch ein Versuch ist, die Jugendlichen davon abzuhalten, sich islamistischen Gruppen anzuschließen? „Zumindest können wir ihnen andere Formen politischer Auseinandersetzungen zeigen. Wir sind manchmal die einzigen, die auch öffentlich die terroristischen Gruppen kritisieren.“



Kämpft für gleiche Rechte: Zafer Khateeb, Präsident von Nashet.

Das Lager wird mehr und mehr zu einer geschlossenen Welt. Für die Palästinenser sind die Zäune und Mauern, die beständig verstärkt werden, wie eine Schlinge um den Hals, die immer fester zugezogen wird. Jederzeit, so fürchtet Khateeb, könne die libanesische Armee Auseinandersetzungen im Lager zum Anlass nehmen, um wie 2007 in Nahr El-Bareed das Lager zu zerstören und die Flüchtlinge abermals zu vertreiben. Und Auseinandersetzungen gibt es. „Wir sind ein Abbild der syrischen Konflikte. Alle internationalen Akteure dort ha-

ben auch hier ihre Gruppen“, so Khateeb. Ein El-Hilweh liegt strategisch günstig. Von hier aus kann man den Süden Libanons blockieren und damit auch die dort herrschende Hizbollah kontrollieren. Sie wiederum ist eine der wichtigsten Kriegsparteien in Syrien.

Zafer Khateeb sieht trotzdem Perspektiven. Es müsse Druck auf die libanesische Regierung ausgeübt werden, den Palästinenserinnen und Palästinensern gleiche zivile und soziale Rechte zu geben. Dazu gehöre aber auch, dass die politischen palästinensischen Parteien ihre Politik ändern. „Wenn wir unsere Sache im Lager nicht in Ordnung bringen können, welche Botschaft senden wir an die Libanesen? Wir müssen uns hier reorganisieren und ein Zeichen geben, dass wir kein Risiko für die nationale Sicherheit des Libanon darstellen.“ Immerhin, und das ist eine gute Nachricht, kann sich eine solcher Position mittlerweile Gehör verschaffen. Ein Erfolg der Arbeit von Nashet in den letzten fünf Jahren.

Unter www.medico.de/libanon-interview finden Sie das vollständige Interview mit Zafer Khateeb.

Seit dem Oslo-Prozess, der mit seinen Autonomie-Regelungen zumindest für Westbank und Gaza eine Perspektive zu bieten schien, unterstützt medico die Arbeit palästinensischer NGOs im Libanon. Damals war das eine bewusste Entscheidung, denn das Schicksal der palästinensischen Flüchtlinge im Libanon war bald von der internationalen politischen Agenda verdrängt. So ist es bis heute. In der desolaten Lage ist das Engagement des medico-Partners Nashet, etwa die Jugendarbeit in Ein El-Hilweh, einer der raren Lichtblicke.

Spendenstichwort: Libanon

Trotz allem

Syrien. Zwischen allen Fronten setzen medico-Partner im Großraum Damaskus ihre Arbeit fort

Von Anita Starosta

Der Fall Aleppos hat Syrien aus den Nachrichten verschwinden lassen. Die Kriegsführung der Assad-Regierung und seiner Verbündeten, unter Umgehung jedes Völkerrechts mit allen Mitteln die Zivilbevölkerung anzugreifen, setzt sich allerdings fort und ist zur Normalität geworden. So sind die nordöstlichen Vororte von Damaskus, Ost-Ghouta, seit 2012 abgeschnitten von der Gesundheits-, Strom-, Wasser- und Nahrungsmittelversorgung. Über Tunnelsysteme halten die etwa 350.000 noch hier lebenden Menschen Verbindungen nach außen. Wie in anderen belagerten Gebieten werden zivile Einrichtungen systematisch bombardiert, Schulen und Krankenhäuser zerstört. Erst kürzlich kappte die syrische Armee die Verbindung eines Haupttun-

nels von Erbin nach Qaboun/Damaskus, um die Versorgungskette zu unterbrechen. Seit einigen Tagen gibt es heftige Kämpfe zwischen Milizen aus Ost-Ghouta und der syrischen Armee sowie ihrer Verbündeter um die östlichen Stadtviertel Qaboun und Jobar. Das öffentliche Leben ist zum ersten Mal seit Beginn des Krieges in ganz Damaskus zum Stillstand gekommen. Die Armee patrouilliert in den Straßen, Geschäfte haben geschlossen, täglich kommt es zu zahlreichen Luftangriffen der syrischen und russischen Luftwaffe im östlichen Stadtgebiet. Unter diesen Bedingungen organisieren unsere Partner vor Ort den zivilen Alltag. Dabei stoßen sie auch auf den Widerstand von erstarkenden radikal-islamistischen Gruppen.



Ein Freiwilliger der Jafra Foundation verteilt Lebensmittel in Jarmuk.

Hilfe zum Überleben

Im Jarmuk-Camp lebten einst über 200.000 palästinensisch-syrische Flüchtlinge. Dann kam der Krieg. Heute harren noch etwa 10.000 Menschen in den Ruinen ihres früheren Lebens aus, zumeist Alte, Frauen und Kinder, die nicht fliehen konnten. Seit 2013 ist der Stadtteil im Süden von Damaskus durch die syrische Armee belagert, seit 2015 werden große Teile vom IS kontrolliert. Innerhalb des Camps kommt es immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen radikal-islamistischen Gruppen. Hilfsorganisationen und die Vereinten Nationen haben schon lange keinen Zugang mehr. Allein die syrisch-palästinensische Jafra Foundation leistet mit Nahrungsmittel-Nothilfe eine minimale Grundversorgung. Auch in den benachbarten Gebieten stärkt der medico-Partner die aktive Zivilgesellschaft.



Im Nisaa Al-Ghouta werden Frauen über ihre Rechte informiert und in diesen bestärkt.

Emanzipation kann nicht warten

Douma ist die Größte der belagerten Städte im Nordosten von Damaskus, konservativ und geprägt von religiösen Gruppen. Viele Frauen können nicht allein das Haus verlassen. Das Frauenzentrum „Nisaa Al-Ghouta“, das medico zusammen mit Adopt a Revolution unterstützt, ist einer der raren Orte, an denen sie sich ungestört austauschen und vernetzen können. Rechtsberatung und Weiterbildungen helfen den Frauen. Da ihre Männer inhaftiert oder getötet worden sind, müssen viele ihre Familien alleine versorgen. Die Belagerung und der Alltag des Krieges hinterlassen Spuren. In psychosozialen Beratungen versuchen die Aktivistinnen des Zentrums das aufzufangen. Im „Nisaa Al-Ghouta“ schaffen es die Frauen, dem Alltag der Belagerung eine zivile Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse entgegensetzen.

Schule unter der Erde

In Erbin, der zweitgrößten Stadt Ost-Ghoutas, hat ein Zivilkomitee sechs säkulare Schulen in Kellerräumen aufgebaut. Während sie rechnen oder schreiben lernen und in Englisch oder Erdkunde unterrichtet werden, können über 2.000 Mädchen und Jungen den Alltag des Krieges hinter sich lassen. Der säkulare Ansatz des Komitees steht auch im Widerspruch zu den religiösen Gruppen, die Bildung und Hilfe für ihre Zwecke zu instrumentalisieren versuchen. Anfang März 2017 wurde Abdulsattar Sharaf, Projektleiter der freien Schulen, Opfer eines Attentats durch die islamistische Jabath Fath Al-Sham (früher Jabhat Al-Nusra). Er überlebte nur mit großem Glück. Die Förderung des Schulprojektes garantiert einen Mindestlohn für die Lehrkräfte und ermöglicht es dem Komitee, Unterrichtsmaterial und Brennstoff für Ventilatoren zu besorgen, sodass die Kinder der Kellerklassen Luft zum Atmen haben.



Alltag im Krieg: Die Kinder lernen im Keller.

Die Hoffnung auf ein Leben in Freiheit und Würde angesichts permanenter Belagerung, Gewalt und Mangel nicht aufzugeben, eint die medico-Partner in Syrien. Humanitäre Nothilfe und ziviles Engagement bedeuten im Alltag des Krieges oft reine Hilfe zum Überleben. Gleichzeitig zielen unsere Partner auf demokratische Selbstbestimmung und gesellschaftliche Veränderung, eine Antwort auf das andauernde Drama in Syrien.

Spendenstichwort: Syrien

Die Ruinen des Finanzkapitalismus

Wie lässt sich die globale Erosion öffentlicher Gesundheitssysteme aufhalten? Ein Interview mit dem medico-Partner David McCoy



Dr. David McCoy ist Direktor von medact, eines in London ansässigen Netzwerkes von kritischen Gesundheitsexpertinnen und -experten, das sich durch Studien, Aufklärungsarbeit und öffentliche Stellungnahmen für das Recht auf Gesundheit einsetzt.

Weltweit wird Gesundheit privatisiert, kommerzialisiert und zum Gegenstand von Sicherheitsdiskursen. Gerät das öffentliche Gut Gesundheit, für das sich medico und medact auch gemeinsam in vielen internationalen Initiativen einsetzen, immer stärker ins Hintertreffen?

Es ist ein Paradox: Während sich die ökonomischen, politischen und umweltspezifischen Bedingungen und damit auch die Determinanten von Gesundheit global verschlechtern, erleben wir gleichzeitig weltweit einen Rückgang

der Geburtensterblichkeit bei Müttern und Kindern. In vielen Ländern steigt die durchschnittliche Lebenserwartung an. Erklären lässt sich das dadurch, dass wir heutzutage besser als früher in der Lage sind, Menschen auch in Armut und sich verschlechternden gesellschaftlichen Bedingungen am Leben zu halten. Sie leben zwar nicht gut, aber sie überleben. Dies ist größtenteils auf medizinisch-technologische Entwicklungen in der Prävention und Behandlung von Krankheiten zurückzuführen. Doch selbst das kann sich wieder ändern.

Welche Gefahren siehst du?

Diese Effekte können sofort wieder verschwinden, wenn die Wirksamkeit von Antibiotika, Impfstoffen oder anderer medizinischer Mittel nachlassen. Bedroht wird die globale Gesundheit meines Erachtens aber vor allem durch zwei dramatische Entwicklungen: Zum einen können vom Menschen verursachte Einflüsse auf das Ökosystem wie Klimawandel und die zunehmende Schädigung der Umwelt direkte Auswirkungen auf die Gesundheit haben, z.B. durch Wetterextreme. Zusätzlich bestehen jedoch auch Faktoren, die andere Risiken verstärken: wirtschaftliche Rezession, Missernten, Mangelernährung und auch der Brain-Drain, also die Abwerbung und Abwanderung qualifi-

zierter Fachkräfte aus den Ländern des globalen Südens in den globalen Norden. Das zweite große Gefährdungspotential sehe ich darin, dass die Frequenz, das Ausmaß und die Intensität von Kriegen und Konflikten zunehmen. Dies ist teilweise auf die Zerstörung der Umwelt, teilweise auf die Ausweitung von wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Ungleichheit zurückzuführen. Die Gefahren können sich gegenseitig verstärken. Wenn wir nicht aufpassen, geraten wir in einen Teufelskreis von ökologischer Zerstörung und bewaffneten Konflikten.

Wie ist es zu erklären, dass die Politik hierauf keine Antworten jenseits von weiterem Wachstum und massivem Ressourcenverbrauch findet, ja nicht einmal wirklich sucht?

Eine Erklärung ist, dass wir uns an die Vorstellung eines andauernden Wirtschaftswachstums und Fortschritts gewöhnt haben. Die Politiker wie auch die breite Öffentlichkeit sind darauf konditioniert, die ökologischen Auswirkungen unseres Konsums zu ignorieren. Eine andere Erklärung ist, dass der allgemeine Aufschwung an materiellem Wohlstand viele Leute entpolitisiert hat. Solange der Lebensstandard steigt, werden wachsende Ungleichheiten und die Aushöhlung der Demokratie toleriert. Jetzt, da auch hier der Lebensstand vieler Menschen bedroht ist, reagieren sie. Leider wenden sie sich dabei nicht gegen die undemokratischen Institutionen und die Instanzen der Weltökonomie, sondern gegen die Schwachen und „Fremden“, gegen Migrantinnen, Flüchtlinge und Ausländer. Das liegt meines Erachtens daran, dass sich das neoliberale Narrativ – die große Erzählung von Individualisierung, wirtschaftlichem Wachstum, Materialismus, Privatisierung und der Unfehlbarkeit des Marktes – weltweit erfolgreich verankert hat. Spezifische Annahmen, Wertvorstellungen und Ideologien werden dafür eingesetzt, die Zustimmung all jener zu gewinnen, die den Regeln der Macht unterliegen. Sie wurden internalisiert und sind in unser

Denken und Fühlen übergegangen. Das meine ich Gramsci mit dem Begriff Hegemonie: Die große Herausforderung liegt darin, diese Hegemonie aufzubrechen und dem neoliberalen Narrativ alternative Erzählungen gegenüberzustellen – von Nachhaltigkeit, Fairness und Frieden.

Hat sich beim Referendum in Großbritannien das Ressentiment durchgesetzt?

Mit dem Brexit ist es wie mit der Wahl Donald Trumps: Wir sind immer noch dabei zu verstehen, was genau passiert ist und warum. In Großbritannien hat es eine üble Mischung aus antieuropäischem und antimigrantischem Populismus und Nationalismus geschafft, die verheerenden Folgen einer Austeritätspolitik und den Vertrauensverlust in das politische Establishment zu nutzen. Im Phänomen des Brexit taucht allerdings eine weitere Problematik auf, nämlich die eines gespaltenen Landes. Im Großraum London gibt es eine enorme Konzentration von Wohlstand. Gleichzeitig liegt der Lebensstand in 26 von 30 Regionen Englands unter dem EU-Durchschnitt.

Welche Folgen wird der Brexit für das Gesundheitssystem in Großbritannien haben?

Die Europäische Union war weit davon entfernt, den öffentlichen Dienstleistungssektor angemessen vor dem neoliberalen Angriff von Privatisierung und Kommerzialisierung zu schützen. Noch vor dem Brexit haben wir eine Schwächung der Effektivität und Effizienz der öffentlichen Hand beobachtet. Der Brexit wird die Situation verschlechtern, da das hiesige Gesundheitssystem (National Health System, NHS) in hohem Maße von Arbeitskräften aus der EU und anderen Ländern abhängig ist. Doch schon jetzt können viele Krankenhäuser offene Stellen nicht mehr besetzen. Zu befürchten ist, dass die Ungleichheit im Zugang zur Gesundheitsversorgung wächst, während der Anspruch auf Gesundheitsleistungen und

Sozialfürsorge sinkt. Hinzu kommt die Demoralisierung der Gesundheitsfachkräfte, die mit immer weniger immer mehr leisten sollen. Gleichzeitig gibt es jedoch auch eine starke Gegenbewegung gegen den Ausverkauf des Gesundheitssystems. Es gibt soziale Kämpfe, die darauf zielen, das NHS zumindest wieder auf den Standard zu bringen, den wir einmal hatten. Diese Kämpfe werden andauern und meines Erachtens ist das Gesundheitssystem eines der Schlüsselfelder im Kampf um die Zukunft.

Wie reagiert medact als progressive Stiftung im Gesundheitswesen auf die jetzige Situation?

medact beschäftigt sich schon länger mit den Entwicklungen, die Internationalismus und Solidarität, schwächen. Durch den Brexit müssen wir weder unsere Strategie noch unseren Zweck verändern. Wir glauben weiterhin, dass wir eine überzeugende Alternative zum Neoliberalismus entwickeln müssen. Und wir machen damit weiter, Werte wie Gleichheit, Gerechtigkeit, Fairness, Transparenz und Demokratie zu fördern. In diesem Sinne versuchen wir die Gesundheitscommunity über die Zusammenhänge zwischen Gesundheit und Politik, Wirtschaft oder Klimaforschung zu informieren. Wir wollen dazu beitragen, dass sie sich fundiert äußern können, und sie ermutigen, ihre Stimme zu erheben.

Es geht euch also um eine Basisbewegung?

Auch, aber nicht nur. Wir sind überzeugt, dass man auch die Spitze mobilisieren muss. Deshalb versuchen wir, medizinische Führungskräfte zu erreichen und sie anzuregen, die ungerechten Zustände zu hinterfragen – was auch bedeutet, einflussreichen Kapitalinteressen die Stirn zu bieten. Wenn wir überzeugende Akteure für Veränderungen sein wollen, müssen wir evidenzbasiert arbeiten und hochwertige Analysen vorlegen. Ansonsten wird man schnell abgestempelt. Daher unser medizini-

scher und wissenschaftlicher Fokus. Wir sind Aktivisten und Wissenschaftler gleichermaßen.

Ähnlich wie beim Brexit war auch bei Trumps Wahlkampf ein antielitärer Diskurs wirksam. Nun hat er führende Manager in die Regierung oder in seinen Beraterstab geholt. Ein Widerspruch?

Ich bin der Meinung, dass die Wahl von Trump das Ergebnis einer 30 bzw. 40 Jahre währenden neoliberalen Entwicklung ist, in der Konzepte von Solidarität stetig ausgehöhlt und demokratische Prinzipien nach und nach untergraben wurden. Trump errichtet seine Macht auf den sozialen Ruinen des Finanzkapitalismus und der Einflussnahme globaler Unternehmen. Paradoxaerweise könnte seine Wahl jedoch auch das Ende der neoliberalen Globalisierung einläuten. Denn wenn man Faschismus als Verschmelzung der Macht privater Konzerne mit staatlicher Politik versteht, dann ist das genau das, was jetzt in den USA augenscheinlich beginnt. Die Ernennung eines ehemaligen Vorsitzenden eines Ölgroßkonzerns zum Außenminister ist schlichtweg erschreckend. Möglicherweise erleben wir gerade den Übergang von einer indirekten Einflussnahme der Wirtschaft auf die Politik hin zu einer Verschmelzung von wirtschaftlichen Interessen und staatlicher Macht.

Tom Price, der neuernannte Gesundheitsminister der US-Regierung hat angekündigt, Obama Care wieder rückgängig zu machen.

Man darf nicht übersehen, dass es in den USA eine breite Unterstützung für die Prinzipien von Obama Care gibt. Das zeigte sich nicht zuletzt in der erfolgreichen Kampagne von und für Bernie Sanders bei den Vorwahlen. Es gibt den Wunsch nach einer fundamentalen Gesundheitsreform in der Art, wie Obama sie vorgelegt hat. Allerdings gibt es eben auch eine einflussreiche Maschinerie, die die Prinzipien eines staatlichen Gesundheitssystems fortwährend

zu untergraben versucht. Diese Maschinerie wird durch die privatmedizinische und pharmazeutische Industrie sowie durch private Gesundheitsversicherungsunternehmen finanziert. Ihre Lobby reicht bis in die Flure der

„Wenn wir überzeugende Akteure für Veränderungen sein wollen, müssen wir evidenzbasiert arbeiten und hochwertige Analysen vorlegen.“

politischen Macht in Washington, aber auch in die Chefetagen der Medienkonzerne. Wir leben in einem gefährlichen Zeitalter mit einer extremen Konzentration von Macht. Wir müssen also verstehen, wie Macht funktioniert, und Wege finden, diese Machtkomplexe wieder zu entflechten – und zwar durch eine weitreichende Mobilisierung auf allen Ebenen. Ansonsten laufen wir Gefahr, dass wir uns immer weiter in Richtung einer dystopischen Zukunft mit mehr Autoritarismus, Militarismus und sogar Faschismus bewegen.

Ein Blick voraus: Für welche Perspektive streitet medact?

Es geht uns darum, gesellschaftliche Verhältnisse zu schaffen, die jede und jeden so gut wie möglich vor Krankheit, vor ihren sozialen Folgen und vor den Kosten für die medizinische Versorgung schützt. Eine medizinische Versorgung, die sich die Leute nicht leisten können oder die sie in Schulden und Armut treibt, ist ihren Namen nicht wert. In diesem Sinne geht es uns um eine universelle Abdeckung der gesundheitlichen Risiken. Mir gefällt allerdings der Begriff „universelle Gesundheitsversorgung“ (Universal Health Care Coverage) nicht. Denn eine Gesundheitsversorgung garantiert keineswegs, dass alle gleich gut

versorgt sind. Es kann auch eine Versorgung geben, zu der nicht alle in gleichem Maße Zugang haben. Es kann verschiedene Versorgungsstufen geben, gute und schlechte. Zudem birgt das Konzept die Gefahr, dass die Gesundheitsversorgung nicht effektiv ist. Mich erinnert der Begriff an die gegenwärtige internationale Gesundheitspolitik, die sich darauf beschränkt, dem globalen Süden einige lebensrettende und kostengünstige Technologien zu liefern, mit denen sich zwar Sterblichkeitsraten reduzieren lassen, die aber nichts mit einem Recht auf Gesundheit zu tun haben. Eine universelle Gesundheitsversorgung ist ein Minimalkonzept, mit dem sich Ungleichheiten fortschreiben lassen. Darum ziehe ich den Begriff eines universellen Gesundheitssystems (Universal Health System) vor. Dieser macht deutlich, dass wir über ein einheitliches Gesundheitssystem für alle – mit gleichen Rechten und Zugängen – sprechen. Er schließt ein Finanzierungskonzept ein, bei dem eine Subventionierung und effektivere Risikoverteilung quer durch die Gesellschaft Gesundheit für alle ermöglicht. Solch ein universelles Gesundheitssystem lässt sich jedoch nur in Staaten aufbauen, die nicht von den oben beschriebenen Machtkonzentrationen beherrscht sind, sondern in denen demokratische Prozesse die Politik bestimmen.

Interview: Anne Jung

Transkription und Übersetzung: Julia Manek

medico aktiv



Vorsorge statt Abwehr

Globale Gesundheit: Gegenperspektiven zum G20-Gipfel

Es ist ein Novum: Kurz bevor sich Anfang Juli 2017 die Regierungschefs der wichtigsten Industriestaaten zum G20-Gipfel in Hamburg treffen, werden ihre Gesundheitsministerinnen und -minister bereits zusammengesessen haben. Denn spätestens seit der Ebola-Epidemie in Westafrika haben auch sie dringend Globales zu besprechen: Pandemien – neben Ebola haben auch Zika und die Vogelgrippe aufgeschreckt – haben deutlich gemacht, wie eng Süd und Nord verflochten sind. Doch die nachhaltige Verhinderung von Krisen und die Überwindung ihrer Ursachen steht nicht auf der Agenda. Stattdessen werden Ebola & Co. zuvorderst als Sicherheitsrisiken gedeutet, die mit technokratischen Mitteln abzuwehren und von der eigenen Haustür fernzuhalten sind. Damit jedoch wird die Verantwortung der Industriestaaten an Ge-

sundheitsproblemen im globalen Süden ebenso ausgeblendet wie die Universalität des Rechts auf Gesundheit missachtet wird. Entgegen den Bestrebungen, Gesundheitspolitik zum Sicherheitskomplex zu degradieren, findet, initiiert von medico, am 15. Mai in Hamburg die internationale Fachkonferenz der Plattform für Globale Gesundheit (DPGG) „Abwehr oder Vorsorge? Die G20 und die globale Gesundheit“ statt. Hier sollen Lösungen diskutiert werden, die Sicherheit und Gesundheit der anderen als Vorbedingung für die eigene Sicherheit und Gesundheit anerkennen. Unmittelbar vor dem G20-Treffen, am 5. und 6. Juni, steigt dann in Hamburg der alternative „Gipfel für globale Solidarität“. Auch hierbei ist medico an Bord.

Mehr Infos unter <http://solidarity-summit.org>

Die Karte für alle

Kampagne der Medibüros: Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen

Wird in Kaiserslautern ein Asylsuchender krank, darf er nicht einfach einen Arzt aufsuchen. Vielmehr muss er bei der Kommune vorstellig werden und einen Behandlungsschein beantragen. Es liegt im Ermessen des Sachbearbeiters ohne medizinische Fachkenntnis, diesen zu gewähren oder zu verweigern. Im nahegelegenen Trier hingegen haben Asylsuchende eine Gesundheitskarte und damit das Recht, eine Arztpraxis aufzusuchen. Dies ist auch den bundesweit 33 Medibüros und Medinetzen zu verdanken, die sich seit 20 Jahren für den gleichen Zugang von Geflüchteten, Migrantinnen und Papierlosen zum Gesundheitssystem einsetzen (siehe gesundheitsgefuechtete.info). Zuletzt hat eine von medico geförderte Kampagne der Medibüros dazu

beigetragen, dass Menschen aus dem diskriminierenden System der Behandlungsscheine herausgekommen sind – ein System, das es nur deshalb noch gibt, weil der Bund eine einheitliche Regelung verweigert hat und den Ball 2015 an die Länder weitergespielt hat. Einige wenige wie Bremen oder Schleswig-Holstein haben landesweit die Gesundheitskarte eingeführt. Andere hingegen haben die Verantwortung – und die Kosten – an die Kommunen weitergereicht. Dadurch ist ein Flickenteppich von Recht und Rechtlosigkeit entstanden. In ganz Niedersachsen etwa gibt es die Gesundheitskarte nur in einer einzigen Kommune. In Rheinland-Pfalz hat die Kampagne der Medibüros – mit öffentlichem Lobbying, aber auch Aufklärung auf kommunaler Ebene – immerhin Trier und in der Folge Mainz von der Karte überzeugt. Kleine Erfolge im großen Kampf gegen eine Praxis, die das Recht auf Gesundheit vom Meldeort abhängig macht.

Wer zahlt die Rechnung?

Rückblick: medico auf dem Kongress Armut & Gesundheit

Es braucht nicht weniger als eine kopernikanische Wende, forderte Rene Loewenson im März 2017 auf einem der beiden medico-Panel des Kongresses Armut & Gesundheit in Berlin. Loewenson ist Direktorin der medico Partnerorganisation Equinet, dem „Netzwerk für Zugangsgerechtigkeit im Gesundheitswesen“, das Gesundheitsfachleute aus 16 Ländern des südlichen und östlichen Afrika vereint. So wie Kopernikus das geozentrische Weltbild revolutioniert hat, sollten die Staaten ihre Gesundheitspolitik um 180 Grad drehen. Statt hier und da Pflaster zu verteilen, müsse die Bevölkerung vor krankmachenden Einflüssen

geschützt werden – etwa vor den Folgen des Rohstoffabbaus, von gefährlichen Arbeitsbedingungen, über Umweltverschmutzung bis zu extremer Ausbeutung. Geschieht dies nicht, zahlt vor allem die arme Bevölkerung weiterhin die Rechnung. Gleichzeitig müsse der Staat, so Loewenson, „eine Gesundheitssinfrastruktur schaffen und verteidigen“. Wer hierfür die Rechnung zahlen muss, liege auf der Hand: Die Länder müssen verhindern, dass die Gewinne aus dem extraktiven Sektor von internationalen Konzernen und der nationalen Elite privatisiert werden – etwa durch die Sicherung von Steuereinnahmen und Zöllen. Möglich sei das nur, darin war sich Loewenson mit medico-Geschäftsführer Thomas Gebauer einig, wenn der politische Druck von unten und von oben kommt.



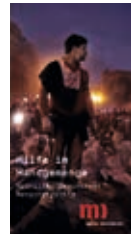
1



2



3



4



5



6



7



8

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

Sie finden hier eine Auswahl der Materialien, die medico mit viel Sorgfalt erstellt und zu Informations- und Bildungszwecken kostenfrei (mit einigen gekennzeichneten Ausnahmen) zur Verfügung stellt. Sie helfen medico und den Projektpartnern sehr, wenn Sie zur Weiterverbreitung dieser Materialien beitragen! Machen Sie Freunde, Bekannte, Arbeitskollegen auf das rundschreiben-Abonnement, die medico-Stichworte, die Kampagnenflyer aufmerksam!

Die vollständige Liste unserer Materialien steht im Internet bereit: Unter www.medico.de/material finden Sie die hier abgebildeten und alle weiteren Publikationen zum Bestellen oder Herunterladen. **Für Nachfragen stehen wir Ihnen gerne unter Tel. [069] 944 38-0 zur Verfügung.**

Materialliste:**1 stiftung medico international**

[28 S.] Übersicht über Ziele, Satzung, Struktur und steuerliche Aspekte der stiftung medico international.

2 Wissenswertes zu Testament und Erbschaft

[28 S.] Wenn Sie medico testamentarisch berücksichtigen möchten, bietet die Broschüre Informationen zu rechtlichen und steuerlichen Fragen inklusive weiterführender Adressen.

3 medico-Jahresbericht 2015

[44 S.] Projekte, Netzwerke, Aktionen, Kampagnen: der Gesamtüberblick mit Grundsätzen und Finanzbericht

4 Hilfe im Handgemenge

[Faltblatt] Partnerschaft braucht Solidarität: medico international kurz vorgestellt – mit Projektbeispielen aus Israel/ Palästina, Guatemala, Simbabwe, Somalia, Südasien und Zentralamerika. Auch zum Weiterverteilen.

5 Das Recht zu bleiben, das Recht zu gehen

DIN A1-Plakat zum Thema Flucht und Migration. In DIN A2 auch in Englisch, Spanisch, Französisch und Arabisch erhältlich.

6 Warum Menschen fliehen

[32 S.] Mit dieser Broschüre möchten wir dazu anregen, bei der Rede über Fluchtursachen und ihre Bekämpfung genau hinzuhören. Wir möchten Material liefern für informierte, reflektierte und engagierte Beiträge zur gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit Flucht und Migration. Herausgegeben von medico international und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft.

7 Recht auf Profit?

[32 S.] Warum schädigt neoliberaler Freihandel die Gesundheit? Welche Erfahrung mit Freihandelsabkommen und ihren gesundheitlichen Auswirkungen gibt es bereits? Diese und viele andere Fragen beantwortet die Broschüre „Recht auf Profit?“, herausgegeben von medico international und dem Forum Umwelt und Entwicklung.

8 Umkämpfte Psyche

[Faltblatt] In Zeiten des globalen Kapitalismus gerät die therapeutische und psychosoziale Arbeit unter den Druck von Standardisierung und Effizienzdenken. Eine Handreichung zu einer anderen emanzipatorischen Haltung und Praxis. Natürlich kostenlos.

Ohne Abb.: Flyer „Cool, aber tödlich“ mit Aufklebern

4-seitiger Flyer mit jeweils 6 Stickern. Eine Aktion der Kampagne für Saubere Kleidung und medico international.

Ich bestelle:

_____ Broschüre: stiftung medico international

_____ Broschüre zu Testament und Erbschaft

_____ medico-Jahresbericht 2015

_____ Faltblatt: Hilfe im Handgemenge

_____ DIN A1 Plakat: Für das Recht zu bleiben

_____ Broschüre: Warum Menschen fliehen

_____ Broschüre: Recht auf Profit?

_____ Flyer Umkämpfte Psyche

_____ Flyer + Aufkleber: Cool, aber tödlich

Anzahl

Name

Straße

Ort

Meine Spendennummer

Ich möchte:

kostenlose Materialien bestellen

**dass einmalig eine
Spende in Höhe von _____ € von
meinem Bankkonto abgebucht wird.**

IBAN

BANK

BIC

Datum

Unterschrift

**Bitte einsenden an
medico international**

Burgstraße 106

D-60389 Frankfurt am Main

oder faxen an [069] 43 60 02

Spendeninformation

Die Hilfe, die medico im weltweiten Handgemenge leistet, braucht Ihr Hinsehen, Ihr Verstehen und Ihre Zuwendung. Für die Förderung von Projekten und unserer kritischen Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit sind wir auch auf Ihr finanzielles Engagement angewiesen.

Spenden und Schenken – Sie können die Arbeit von medico durch Spenden unterstützen. Freie Spenden ohne Stichwort sind für medico besonders wichtig, da wir und unsere Projektpartner hierdurch unabhängig arbeiten und flexibel auf akute bzw. von den Medien wenig beachtete Not- und Krisensituationen reagieren können. Sie können Ihre Spende auch mit einem bestimmten Projektland oder Thema als Stichwort versehen. Dann verwenden wir Ihren Beitrag ausschließlich für entsprechende Projekte. Nutzen Sie auch Anlässe wie Geburtstag, Hochzeiten und andere Feste und unterstützen Sie medico! Sie können selbst eine Spende verschenken oder sich Spenden statt Geschenken wünschen.

Fördermitgliedschaft – Die regelmäßigen Beiträge unserer Fördermitglieder ermöglichen medico, langfristige und verbindliche Projektkooperationen einzugehen und sichern die Unabhängigkeit unserer Arbeit. Der jährliche Förderbeitrag liegt bei mindestens 120 Euro, für Menschen mit wenig Geld bei 60 Euro.

Spendenquittung – medico international ist als gemeinnütziger Verein anerkannt, daher ist Ihre Spende steuerlich absetzbar. Für Spenden ab 50 Euro schicken wir Ihnen eine Spendenbescheinigung. Haben Sie mehr als einmal im Jahr gespendet oder spenden Sie regelmäßig, senden wir Ihnen zu Beginn des Folgejahres eine Jahresspendenbescheinigung zu.

Spendenkonto – medico international,
Spendenkonto BIC: HELADEF1822,
IBAN: DE21 5005 0201 0000 0018 00



Zustiftungen – Die stiftung medico international fördert aus den Erträgen ihres Vermögens Projekte von medico. Von der Zustiftung bis zum Darlehen: Es gibt verschiedene Formen, zum Stiftungsvermögen beizutragen und Geld solidarisch einzusetzen.

Haben Sie Fragen? Wir helfen gerne weiter.

Marek Artl

Allgemeine Anfragen, auch Beratung zur Fördermitgliedschaft und Spenden zu einem Jubiläum, Geburtstag, Trauerfall o.ä.
Tel.: (069) 944 38-0 | E-Mail: info@medico.de

Gudrun Kortas

Beratung zu Spendenaktionen für einzelne Projekte, Zustiftungen oder Testamentsspenden,
Tel.: (069) 944 38-28 | E-Mail: kortas@medico.de

Eine Bitte: Informieren Sie uns, wenn sich Ihre Adresse oder Bankverbindung ändert, unter Nennung Ihrer alten Anschrift. So bleiben wir in Verbindung.

Vielen Dank, dass Sie unsere Arbeit mit Ihrer Solidarität unterstützen.

www.medico.de/spenden

Impressum

Herausgeber:
medico international
Burgstraße 106
D-60389 Frankfurt am Main
Tel. (069) 944 38-0, Fax (069) 436002
E-Mail: info@medico.de
Homepage: www.medico.de

Redaktion: Katja Maurer (verantwortl.),
Thomas Gebauer, Moritz Krawinkel, Christian Sälzer
Korrektorat: Marek Artl
Gestaltung und Satz: Andrea Schuldt

Hinweis: Das medico-rundschreiben ist auf 100 % Recyclingpapier gedruckt.

ISSN 0949-0876

**Weltoffene Städte:
Räume einer anderen Globalisierung**

In den vergangenen Monaten haben die Europäische Union und viele Länder der Welt die Schotten dichtgemacht: Grenzen wurden geschlossen, Gesetze verschärft, Ängste geschürt, Bürgerrechte außer Kraft gesetzt. Unterhalb der nationalen Ebene aber lebt eine Zivilgesellschaft eine andere Idee von Globalisierung. So positionieren sich weltweit Kommunen als Städte der Zuflucht [Sanctuary Cities]. Sie bilden Räume gegenseitiger Hilfe unter Fremden und sind Anknüpfungspunkte für die demokratische Gestaltung eines transnationalen Gemeinwe- sens. Ausgehend von dieser solidarischen Praxis werden auf dem Symposium Perspektiven für ein anderes, wirk- lich weltoffenes Europa diskutiert. Den Eröffnungsvor- trag am Donnerstagabend hält Gesine Schwan, die jüngst einen streitbaren Vorschlag zur Europäisierung der Flüchtlingspolitik und zur gerechten Finanzierung einer erforderlichen Infrastruktur vorgelegt hat.

**Mit Gesine Schwan, Helene Heuser, Richard Wolff,
Mathias Rodatz, Thomas Seibert u.a.**

Veranstaltungsort:
Haus am Dom, Frankfurt am Main

Information und Anmeldung:
www.medico.de

8.-9. Juni
2017

Kein Durchkommen.

Seit mehr als einem Jahr hängt M.*, ein Flüchtling aus Afghanistan, in einem improvisierten Lager in Athen fest. Das Bild zeigt das Protokoll seiner vergeblichen Versuche, die griechische Asylbehörde zu erreichen. Ohne Termin kein Antrag, ohne Antrag keine Perspektive. Hallo Europa?

* (siehe auch ab Seite 20 in diesem Heft)

